

# Deutsche Rundschau

## in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau  
Bromberger Tageblatt

**Bezugspreis:** In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4.50 zl., mit Zustellgeld 4.80 zl. Bei Postbezug monatl. 4.89 zl., vierteljährlich 14.66 zl. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zl. Danzig 3 G. Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Berneus Nr. 594 und 595.

**Anzeigenpreis:** Die einseitige Millimeterzeile 15 gr, die einseitige Reklamezeile 125 gr, Danzig 10 bzw. 80 Pf. Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 100% Aufschlag. — Bei Platzvorrichtung u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbetben. — Öffertengebühr 100 gr. — Für das Erreichen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Blättern wird keine Gewähr übernommen. Postleitzahlen: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 118

Bromberg, Mittwoch den 24. Mai 1933

57. Jahrg.

## Deutscher Bauernadel.

### Gesetzliche Einführung des Anerbenrechts.

Die gesetzliche Einführung eines bäuerlichen Erbhofrechtes im Deutschen Reich ist der erste Schritt zur Zurückdrängung der römischen Rechtsregeln zugunsten eines deutschen Rechtes. Zur Regelung der gesamten Materie, die grundätzlich von der Erbrechtsauffassung des bürgerlichen Gesetzbuches, des römischen Rechts und auch des Code Napoléon abweicht, sind die Länder zuständig. Das Ziel des neuen Gesetzes besteht darin, einen Bauernadel zu schaffen. Das Vorwort wird lauten, daß die unlässbare Verbundenheit von Gut und Boden Voraussetzung für die Gesundheit und für das Leben des Volkes ist.

Ein deutscher Bauernadel hat sich auch noch, bevor das neue Gesetz in Gültigkeit tritt, in Teilen von Deutschland erhalten. So gibt es in der Nähe von Enger, nordwestlich von Herford niedersächsische Bauern, die auf Erbhöfen beheimatet sind, die ihre Vorfahren von dem Sachsenherzog Wittekinds verliehen bekamen. Zu diesen Bauernfamilien gehören die Ebmeier, Sattelmeier, Nordmeier und Ringmeier, die direkte Abkömmlinge jener Männer sind, die zur Gefolgschaft Wittekinds gehörten. Dieser Tatsache wurde dadurch Rechnung getragen, daß z. B. beim Tode eines Sattelmeiers seine Leiche auf einem mit sechs Pferden bespannten Leichenwagen nach Enger in die Wittekindskirche gebracht wurde, wo sie vor dem Sarkophag des Sachsenherzogs zwischen 12 und 1 Uhr aufgebahrt stand.

Das Anerbenrecht, das jetzt gesetzlich eingeführt wird, soll eine Überschuldung und Bersplitterung des Bauernhofes verhindern. Es geht von dem Grundsatz aus, daß der Bauer nur ein Kind hat und ebenso nur ein Gut. Das bedeutet nicht, daß die übrigen Familienmitglieder fahllos der Not ausgeliefert werden. So müssen alle anderen Kinder bis zur Volljährigkeit vom Erbhof mit unterhalten werden, und außerdem ist ihnen eine Zuflucht zu gewähren. Im Leben sollen sie aber selbst ihren Mann stehen und alle für ihren Unterhalt sorgen.

Entsprechend dem Grundgedanken, auf dem das Anerbenrecht beruht, findet die Vererbung auf ein Kind nur bei solchen Erbhöfen Anwendung, die eine bestimmte Größe nicht überschreiten. Wo Vorräte vorhanden sind, gilt das Anerbenrecht beispielsweise nicht. Dean in all diesen Fällen kann der Erbhof nicht von einem Bauern allein geleitet und bewirtschaftet werden. Nach einiger Zeit wird sich eine gesunde Entwicklung der Betriebsgröße und eine gesunde Verteilung von Volk und Land ergeben.

Die Anerbenseite, also keine generelle gesetzliche Regelung, sondern ein Erbrecht, das sich auf Verträge, Testamente und Vereinbarungen aufbaut, gab es in den meisten Teilen Preußens. Eine Ausnahme hiervon machten Westfalen und Niedersachsen. Die Einführung des Anerbenrechtes wird also überall da, wo die Anerbenseite bestand, keine großen Schwierigkeiten bereiten. Im Rheinland und in Hessen-Nassau soll zunächst eine Zwischenregelung getroffen werden. So kann auf Antrag des Erblassers der Bauernhof in die Anerbenrolle eingetragen werden, und das Übernahmerecht wird für diese Gebiete sofort in Kraft gesetzt.

Der Erbe des Bauernhofes wird nicht daran verhindert, sein Erbteil zu verkaufen. Allerdings ist hierzu eine Genehmigung von dem Anerbengericht, das geschaffen werden wird, einzuholen. Das Anerbengericht sieht sich zusammen aus einem Amtsrichter und zwei Bauern. Damit soll für die Auswirkung aller bodenständigen Art Sorge getragen werden. Verkauf der Erbe eines Bauernhofes das Gut, so kann das sogenannte Übernahmerecht geltend gemacht werden. Hierzu ist jeder Miterbe berechtigt. Das Gericht kann ihm dann den Hof aufsprechen, wenn es der Ansicht ist, daß der Miterbe eine Garantie dafür bietet, daß der Hof gut bewirtschaftet wird. Dieses Übernahmerecht kann auch dann geltend gemacht werden, wenn der Hof nicht in die Anerbenrolle eingetragen ist. Wird der Hof verkauft, so haben die Erben das Recht auf Teilung des Erlöses entsprechend dem Erbhofrecht.

Klagen, die bei den Erbgerichten geführt werden, bleiben gebührenfrei. Schwere Strafen, vor allem Buchtäusstrafen, bewirken, daß der Betreffende vom Bauernrecht ausgeschlossen wird. Auch das soll dazu beitragen, einen neuen Bauernadel entstehen zu lassen.

D. O.

## Der Bauer als Friedenswarte.

Der Reichswirtschafts- und Ernährungsminister Dr. Hugenberg veranstaltete nach Abschluß der Arbeiten der Internationalen Agrarkommission zu Ehren der ausländischen Gäste einen Empfang. Er gab seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß die Berliner Tagung einen vollen Erfolg darstelle. Es freue ihn besonders, daß eine einheitliche Stellungnahme der landwirtschaftlichen Vertreter zu den Fragen der Weltwirtschaftskonferenz erzielt worden sei. Dies werde hoffentlich dazu beitragen, den Kampf zur Verteidigung der bäuerlichen Lebensinteressen auf dieser Weltwirtschaftskonferenz als Vertreter des Reichskanzlers u. a. folgendes aus: „Wir zu erleichtern. Im Anschluß davon führt“

## Bizanzianer von Papen

liegt am Herzen, Ihnen nochmals zu versichern, wie sehr die deutsche Nation sich freut, ihre ausländischen Gäste in den Mauern der Reichshauptstadt begrüßen zu dürfen und ich gebe mich der Hoffnung hin, daß die Eindrücke, die Sie von hier mit nach Hause nehmen, das Bild etwas korrigieren werden, welches das Ausland sich leider über Deutschland macht. Mir scheint, daß auch auf diesem, an den Kreis der allgemeinen Weltpolitik stossenden Gebiete Sie, meine Herren, eine Mission zu erfüllen haben und ich möchte mir erlauben, Ihnen darüber zwei Gedanken vorzutragen. Ich spreche von der Tatsache, daß der Bauer aller Länder sicherlich nichts Heiligeres und Erhabenderes kennt, als die Scholle seiner Väter zu hüten, die er seit Generationen bewirtschaftet; daß aber diese tiefe nationale Liebe niemals etwas Aggressives haben kann, ja, daß sie — um in der Sprache der Genfer Konferenz zu reden — unter die Attribute der defensiven Verteidigung des Sicherheitsbegriffes eines jeden Landes fällt. Der Bauer, der erfüllt ist von der Liebe zu seiner Heimat, begreift viel eher als irgendein anderer Stand, daß dieses Gefühl von seinen Verfuggen in allen anderen Ländern geteilt werden muß und deshalb ist gerade er, der Verteidiger seiner Scholle, der beste Exponent des Friedens.

Er ist aber auch zugleich ein Hüter der Traditionen, die jede große Nation besitzt, des Ehrengefüls, des Freiheitswillens und der Wehrhaftigkeit, und wenn ich in meiner vielfach falsch verstandenen Rede in Münster davon sprach, daß das deutsche Volk den Begriff des „Pazifismus“ als Lebensform und Lebensauffassung aus seinem Wörterbuch gestrichen habe, so deshalb, weil wir Deutsche den Frieden um seines selbst willen wollen, weil Friedenswahrung unserer sittlichen Veranlagung entspricht, weil wir aber wie jedes andere stolze Volk einen Frieden nicht wollen, wenn er auf sittlich unmöglichen Grundlagen aufgebaut wird. Im übrigen bin ich überzeugt, daß der Bauer, dessen täglicher Beruf ein Kampf mit der Natur ist und dessen Leben Schweif

und Arbeit, nicht aber Rosen bedeutet, niemals ein Vertreter jener pazifistischen Gedankenwelt sein kann; die das Leben als einen mühseligen, rosenbestreuten Weg betrachten, während es in Wirklichkeit ein steiler, opferreicher Pfad ist, der nur mit innerem Heroismus beginnen werden kann.

Die Periode der wirtschaftlichen Spannungen, unter denen wir alle leiden, wird um so eher zu Ende gehen, je eher sich die groben und kleinen Nationen auf einer politischen Plattform einen, die dem Mahren und Sittlich gerechten Frieden für alle entspricht. Sie, meine Herren, können indirekt sehr viel dazu mitwirken, indem Sie Ihren Ländern ein wahrhaftiges und richtiges Bild der geistigen Evolution übermitteln, in der sich Deutschland befindet. Solche geschichtlichen Prozesse werden meist nur langsam begriffen, aber eines muß Ihnen als den Vertretern der landwirtschaftlichen Bevölkerung Ihrer Länder klar geworden sein: Der landwirtschaftliche Betrieb ist die individuellste Betriebsform menschlicher Arbeit schlechthin. Sie vor dem Kollektivismus in Deutschland gerettet zu haben, ist eine Tatsache, die wegen ihrer prinzipiellen Bedeutung Anspruch auf Anerkennung auch in der übrigen Welt verdienen sollte.

## Marquis de Voge

sprach den Dank der ausländischen Gäste aus. Er unterstrich den Gedanken, daß der Bauer schlechthin defensiv eingestellt sei. Ganz besonders erfreut sei er darüber, daß es gelungen sei, eine einheitliche Stellungnahme in der Internationalen Agrarkommission vertretenen landwirtschaftlichen Verbände zur Weltwirtschaftskonferenz herbeizuführen. Im Jahre 1927 habe die Weltwirtschaftskonferenz zunächst ausschließlich Fragen der Industrie und des Handels untersucht. Sie sei aber sehr bald unter dem Einfluß von Mitgliedern der Internationalen Agrarkommission zu der Überzeugung gekommen, daß die Grundursache aller Schwierigkeiten in der Agrarnot aller Länder zu suchen sei. Dieser Erkenntnis könne man es jetzt wohl zuwidersetzen, daß vom Genfer Vorbereitungskomitee die Aufforderung zu einem einheitlichen Gutachten der Internationalen Agrarkommission ergangen sei. Mit dem Dank für die herzliche Aufnahme der ausländischen Gäste durch die deutsche Landwirtschaft und die Deutsche Reichsregierung gab er seiner Bewunderung über die hervorragenden Leistungen der deutschen Landwirtschaft Ausdruck, die auf alle ausländischen Gäste einen tiefen Eindruck gemacht hätten. Nur selten werde eine so hervorragende Schau veranstaltet, wie man es beim Besuch der Ausstellung der Deutschen Landwirtschaft zu sehen Gelegenheit gehabt habe.

## Schließung des Deutschen Privat-Gymnasiums in Rawitsch.

Das deutsche Privatgymnasium in Rawitsch wird mit dem Ende des Schuljahres (15. Juni) auf Anordnung der Schulbehörde geschlossen, weil die Anstalt die Bedingungen des praktisch nicht auf die besonderen Verhältnisse einer nationalen Minderheit angeschnittenen neuen Schulgesetzes nicht erfüllen konnte.

Von verschiedenen Seiten sei die Befürchtung ausgesprochen worden, daß die Freiheit der Stimmburgabe für die am 28. festgesetzte Wahl durch Einmischung oder andere ungesetzliche Vorgänge behindert werden könnte. In dieser Hinsicht müsse die Aufmerksamkeit darauf gelenkt werden, daß Danzigs Verfassung dem Völkerbund untersteht. (Es wird besonders auf Artikel 8 der Verfassung hingewiesen, in dem die allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahl festgelegt ist.) Dieser Artikel müsse genau und streng beobachtet werden, damit das Ergebnis der Wahl nicht als ungültig erklärt werden könne.

Der Präsident des Senats hat dem Hohen Kommissar daraufhin folgende Erklärung abgegeben: „Die Regierung hat alle notwendigen Maßnahmen ergriffen, um die Freiheit der Wahl am 28. Mai zu sichern. Die Regierung ist fest entschlossen, mit der größten Schärfe gegen jeden Versuch, die Freiheit der Wahl bei der Wahl zu hindern, die stärksten Machtmittel mit Nachdruck zu gebrauchen. Es wird in allen Fällen jedem Wähler die Freiheit gewährt, sich an der Wahl zu beteiligen. Jeder Wähler wird die verfassungsmäßige geheime Abgabe der Stimme derart gesichert, daß er ohne Befürchtung seine Stimme so abgeben kann, wie es seiner Überzeugung entspricht.“

## Die Klage der Gewerkschaften abgelehnt!

In dem Rechtsstreit um die Gewerkschaften ist heute vormittag das Urteil gefällt worden. Die einstweilige Verfügung bleibt aufrecht erhalten. Der Antrag gegen die Konsum- und Spargenossenschaft und die Produktions-Genossenschaft wird aufgeworfen. Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar.

In der Urteilsbegründung wurde u. a. folgendes ausgeführt:

„Die rechtliche Befugnis des Reichskommissars Schumann beruht auf einer Verordnung vom 10. Mai 1933, abgedruckt im „Völkischen Beobachter“ vom 12. Mai 1933. Die Aufnahme in das Reichsgesetzblatt ist deshalb nicht erforderlich gewesen, weil die Verordnung auf revolutionärem Recht beruht und da ferner bei

dem Aufbau eines jungen Staates das revolutionäre Recht nicht sofort kodifiziert zu werden braucht und auch nicht sofort kodifiziert werden kann. Der Einwand, daß die Befugnisse des Reichskommissars an der Landesgrenze Halt machen, ist dadurch hinfällig geworden, daß es sich hier um eine rein vermögensrechtliche Angelegenheit handelt und es sich vor allem darum dreht, die Sicherstellung des Vermögens vorzunehmen.“

Diese Begründung des Gerichtsurteils wird in der polnischen Presse so gedeutet, als ob das Gericht das Urteil „auf Grund des revolutionären deutschen Rechts“ gefällt habe.

Wie die Danziger sozialistische und Zentrumpresse mitteilt, wird aller Wahrscheinlichkeit nach gegen dieses Urteil Berufung eingelegt werden.

## Kralauer Würstchen.

In Kralau wartet man auf die Stimmen von Warschau über Danzig.

Die gesamte polnische Presse aller Schattierungen beschäftigt sich in den letzten Wochen besonders eingehend mit den Danziger Fragen. Je näher der Wahltag in Danzig heranrückt, desto stärker rauscht es im polnischen Blätterwald. Täglich sind mehr oder weniger offene Angriffe gegen Danzig zu lesen. In der Spalte marschiert der Kralauer „Illustrowany Kurjer Godzinny“, der in den letzten Tagen in auffallend aggressiver Form gegen Danzig Stellung nahm und den Warschauer Behörden sogar „unverzeihliche Tatlosigkeit“ gegenüber Danzig vorwarf. Bleibt man die Tatsache in Erwägung, daß der „S. A. C.“ zu manchen Regierungsstellen in Warschau in engsten Beziehungen steht, so hat ein derartiger „Vorwurf“ unter Umständen seinen besonderen Sinn.

In seiner letzten Sonntag-Nummer stellt das Blatt unter der Überschrift „Wir warten auf die Stimme von Warschau“ an die Regierung das Ansuchen, „sofort zur Gegenoffensive in Danzig überzugehen“.

Der „Kurjer“ befaßt sich dabei zunächst mit innerpolitischen Danziger Fragen, die er durch seine eigene Brille zu sehen gewohnt ist, und die demzufolge der polnischen Öffentlichkeit verzerrt und entstellt nachgezeichnet werden. Nachdem er sich damit auseinandergesetzt hat, daß „Berlin offen den Verträgen zum Trost in Danzig harrte“, schreibt das Blatt zum Schluss seiner Korrespondenz aus Danzig u. a. was folgt:

Bei diesem Stand der Dinge hat Polen nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, sich um die innere Politik Danzigs zu kümmern. Im Artikel 100 des Versailler Vertrages ist Deutschland gezwungen, auf alle Rechte gegenüber dem jetzigen Danziger Gebiet zu verzichten, weil es den Schöpfern dieses Vertrages darum ging, Deutschland jede Möglichkeit der Gefährdung der Freiheit dieses polnischen Zuganges zum Meere zu nehmen. Heute befindet sich das Danziger Statut im Zustand der Liquidierung; der Begriff „Freistaat Danzig“ und mit ihm der Begriff des freien polnischen Zugangs zum Meere ist illusorisch geworden. Auf Danzig ruht heute der preußische Stiefel (?), der heute nur im Bewußtsein seiner augenblicklichen Schwäche die Parole „der Legalität“ und sogar „der Loyalität“ verbreitet, der sich jedoch gleichzeitig zum Sprunge auf das polnische Gebiet vorbereitet. Im Danziger Winkel hält sich eine neue Volke zusammen, die mit neuer Gefahr für den Frieden geladen ist.

Diese Gefahr dürfte die beruhigende Erklärung des Herrn Rauschning, des Kandidaten der Nationalsozialisten für den Posten des Senatspräsidenten, dem Hohen Kommissar gegenüber nicht bestimmen. Selbst wenn Rauschning zufällig im Sinne dieser Erklärung Polen gegenüber eine loyale Politik betreiben werde, so dürfte das nur deswegen geschehen, weil sein Auftraggeber, der Reichskanzler, sich für eine auswärtige Aktion noch nicht stark genug fühlt und daher eine Zeit des Friedens benötigt, um den Prozeß der Konsolidierung Deutschlands durchzuführen. Wenn der Prozeß beendet sein wird und wenn der Glaube an die eigene Kraft damit gewachsen ist, wird die äußere Forderung gebrochen sein. Dann wird das nationalsozialistische Deutschland den Versuch machen, das nationalsozialistische Danzig gegen Polen zu gewinnen.

Wir dürfen es nicht zulassen, daß die Initiative in der Hand unserer Gegner bleibt, und daß Deutschland die Kontrolle über unseren Danziger Zugang zum Meere gewinnt. Art. 100 bis 108 des Versailler Vertrages der Pariser Konvention und der Bericht des Grafen Issy vom Juni 1921 geben uns Möglichkeit einer Offensiv, die sofort einzusehen muß, bevor wir vor vollendete Tatsachen gestellt werden. (Inzwischen hat aber die „vollendete Tatsache“ des Baues von Gdingen die Situation völlig verändert. D. R.)

Wir warten also — so schließt der „Kurjer“ seine rechtliche Betrachtung — auf die Stimme aus Warschau. Auf eine Stimme, die so stark sein muß, daß der Völkerbund wach wird und sich an seine Pflichten erinnert.“ —

### Tschechischer Einspruch.

In der letzten Sitzung des Verfassungsausschusses des tschechoslowakischen Parlaments gab der tschechische Justizminister Dr. Meissner im Auftrag des Ministerrats eine längere Erklärung ab, in der es heißt:

Reichskanzler Hitler habe in der Reichstagsrede auch den Brünner Volksportprozeß berührt und die Behauptung als eine unverantwortliche Leichtfertigkeit bezeichnet, daß die SA und SS der Deutschen Nationalsozialistischen Partei in irgendeiner Verbindung mit der Reichswehr in dem Sinne stehe, als ob es sich um militärisch ausgebildete Stände oder Reserven der Armee handle. Als Beispiel einer solchen unverantwortlichen Leichtfertigkeit habe er das Gutachten der militärischen Sachverständigen im Brünner Volksportprozeß angeführt und hinzugefügt, daß auf Grund dieses Gutachtens die angeklagten Nationalsozialisten zu langjährigen Buchhausstrafen verurteilt wurden.

Ich halte es für notwendig, fuhr der Justizminister fort, auf den zitierten Teil der Rede des Herrn Reichskanzlers aus zwei Gründen zu reagieren: Erstens weil er sich auf sachliche Irrtümer stützt, zweitens weil der Hinweis vom Gesichtspunkt der internationalen Beziehungen aus als unberechtigter Eingriff in die inneren Verhältnisse, insbesondere in den Vollzug der Justiz der Tschechoslowakischen Republik, anzusehen ist. Das verurteilende Erkenntnis des Brünner Gerichts beruhe nicht in erster Linie oder einzig und allein darauf, wie das Verhältnis der SA und SS in Deutschland zur Reichswehr gewesen sei. Das militärische Gutachten sowohl als auch das Gericht hätten vielmehr auf die besondere Organisation, den Charakter und die Tätigkeit des Volksports in der Tschechoslowakei Rücksicht genommen. Auf irrgewissen Informationen beruhe die weitere Behauptung des Reichskanzlers, als ob die Volksportmitglieder zu Buchhaus verurteilt worden wären. Sie wurden alle zu Staatsgefangnis mit allen Rechten eines politischen Häftlings verurteilt, also zu einer Art Strafe, wie sie in Deutschland der Festungshaft entspricht. Da das Urteil des Brünner Gerichts bisher nicht rechtskräftig geworden ist, sei es ihm dem Minister, nicht möglich, sich in ein Plädoyer oder in eine Kritik des Brünner Urteils einzulassen, weshalb er sich auf diese Feststellungen beschränken müsse. In der Wendung, daß die deutschen Nationalsozialisten zu langjährigen Buchhausstrafen auf Grund eines falschen Gutachtens der militärischen Sachverständigen verurteilt worden seien, könnte der Versuch erblickt werden, auf den Ausspruch des Obersten Gerichts einzutreten; das würde dann einen Eingriff in den Vollzug der Justiz bedeuten. Die Tschechoslowakische Regierung trachte gegenüber der Reichsregierung ein absolut korrektes Verhältnis einzuhalten und sehr konsequent darauf, daß sich die verantwortlichen Faktoren des Staates durch keine Handlung oder Ausspruch in die inneren Verhältnisse Deutschlands einmischen. Sie habe daher das Recht, zu verlangen, daß auch die verantwortlichen Faktoren Deutschlands sich nach den gleichen Grundsätzen richten.

Die Regierung, schloß der Minister, hat mich beauftragt zu erklären, daß sie auf Grund des internationalen Rechts und der internationalen Erfahrungen bei der Berliner Regierung Einspruch erheben wird.

### In Berlin wird keine Einmischung beabsichtigt.

Dazu berichtet B. T. B.:

Es darf angenommen werden, daß die zuständigen deutschen Stellen dem angekündigten Schritt mit großer Ruhe entgegensehen und um die richtige Antwort nicht verlegen sein werden. Es handelt sich bei den Worten des Reichskanzlers, die sich auf die Tschechoslowakei bezogen, nicht um eine Einmischung in die inneren Verhältnisse eines fremden

Landes, sondern um den Hinweis, daß das in dem Brünner Volksportprozeß erstatte Gutachten auf völliger Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse im Reich beruhte.

### In Rumänien —

wird die nationalsozialistische Bewegung nicht als staatsgefährlich angesehen.

Der rumänische Ministerpräsident Vaida-Voevod erklärte bei einer Präfektenkonferenz, daß die nationalsozialistische Bewegung unter der deutschen Minderheit

Rumäniens keinesfalls staatsgefährlich sei. Die Siebenbürgen Sachsen und die Banater Schwaben hätten so viele ehrliche Beweise ihrer Staatstreue gegeben, daß an deren Aufrichtigkeit auch nach der nationalen Revolution in Deutschland nicht zu zweifeln sei.

Die von edlem Gerechtigkeitssinn getragenen Erklärungen des Staatsmannes, die in allen Ländern mit deutscher Minderheit Beachtung finden sollten, haben großen Eindruck hervorgerufen und werden nicht verfehlten, die guten Beziehungen zwischen deutscher Minderheit und Staatsvolk noch mehr zu festigen.

## Norman Davis spricht auf der Abrüstungskonferenz.

Genf, 23. Mai. (Eigene Meldung.) Im Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz gab am Montag der amerikanische Sonderbotschafter Norman Davis die erwartete große Erklärung über die Abrüstungspolitik Amerikas ab, wobei er u. a. für eine Abschaffung der schweren Angriffswaffen und für eine sofortige Inangriffnahme der schrittweisen Abrüstung eintrat. Später kam es im Ausschuß zu einem scharfen Zusammenstoß mit Frankreich, als Außenminister Paul-Boncour erneut die Sicherheitsfrage aufrollte, was von Norman Davis abgelehnt wurde.

Der amerikanische Vertreter erinnerte zunächst an die Entwicklung der im Weltkrieg „besiegten“ Staaten und an die Ankündigung, daß auch die „Sieger“ abrüsten werden und erklärte, daß diese der Abrüstung der „Besiegten“ entsprechende Pflicht der „Sieger“, auf denselben Abrüstungsstand fortschreitend herabzugehen, weiter bestehen und Amerika bemüht sei, in dieser Richtung zu wirken, um das sonst unausbleibliche Wettrüsten zu vermeiden. Ein wichtiger Schritt würde durch die

### Beschränkung der Angriffswaffen

vollzogen werden. Da der britische Plan einen wirklichen Fortschritt auf dem Gebiete der Abrüstung bediente, sei Amerika geneigt, seine Annahme zu unterstützen.

Gleichzeitig wäre es bereit, die Organisierung des Friedens zu fördern. Amerika würde, falls der Friede bedroht sei, mit den anderen Nationen beraten. Für den Fall, daß diese Nationen einen Staat des Angriffes oder der Vertragsverletzung schuldig bezeichneten und gegen ihn Maßregeln ergreifen würden Amerika, wenn es mit dem Urteil einverstanden sei, sich jeden Vorgehens enthalten, das das Kollektivvorgehen der betreffenden Länder zum Zwecke der Wiederherstellung des Friedens vereiteln könnte.

Schließlich seien die Vereinigten Staaten Anhänger eines strengen Kontrollsystens,

das wirksam, automatisch und dauernd sein sollte und die Durchführung des Abrüstungsvertrages zu überwachen hätte. Norman Davis gab zu, daß das Endziel nur abschnittsweise zu erreichen sei, erklärte aber, daß der Augenblick für einen entscheidenden Schritt nicht länger hinausgeschoben werden könnte. Die meisten Staaten hätten sich dem Neill-Pakt angeschlossen. Wenn man die in diesem Pakt niedergelegten Verpflichtungen innehaltete, müsse man sich endgültig entschließen,

die Streitfälle nicht auf dem Schlachtfelde, sondern durch internationale Konferenzen zu regeln.

Deshalb habe Präsident Roosevelt eine internationale Vereinbarung vorgeschlagen, wonach vorbehaltlich der vertraglichen Rechte keine Streitkräfte außerhalb der Landsgrenzen entsandt werden sollten.

Die beiden wichtigsten Hindernisse, die einer Abrüstung entgegenstehen, seien, so fuhr Norman Davis fort, in der Furcht zu sehen, daß Deutschland aufrüsten wolle, sowie in der Abneigung der bewaffneten europäischen Mächte, im gegenwärtigen Zustand der Welt einen wirklichen Abrüstungsschritt zu unternehmen.

Zu dem ersten Hindernis sei zu bemerken, daß ein Staat, der das Recht der Aufrüstung in Anspruch nehmen wolle, selbst für den Fall, daß die anderen Staaten wichtige Abrüstungsschritte ausführen, die Hauptverantwortung für den Mißerfolg der Abrüstungskonferenz auf sich lade mit allen ihren unberechenbaren Folgen. „Man kann“, so sagte er, „das Problem, das uns interessiert, nicht lösen, wenn eine Nation auf Aufrüstung besteht, während die anderen Nationen ablehnen.“ (Diese These wäre nur richtig, wenn bei dieser „Aufrüstung“ die Gleichberechtigung verletzt würde. D. R.)

Dem zweiten Einwand sei entgegenzuhalten, daß bei aller Anerkennung des legitimen Rechtes auf Sicherheit doch gesagt werden müsse, daß diese Sicherheit schließlich am besten durch fortschreitende Abrüstung der meistbewaffneten Nationen bis auf den in den „Friedens“-Verträgen festgelegten Stand zu erreichen sei.

„Wenn wir heute“, so erklärte der amerikanische Vertreter, „einen entscheidenden Schritt in der Richtung der Abrüstung unternehmen, und wenn wir uns darüber verständigen, daß wir in Abschnitten diesem Ziel entgegenstreben müssen, so wird es uns gelingen, die legitime Forderung der durch die „Friedens“-Verträge gebundenen Mächte zu erfüllen.“

Gleichzeitig würden wir in wirksamer Weise dazu beitragen, den Frieden aufrecht zu erhalten. Vor einigen Tagen stand die Konferenz in der Einzelprüfung des britischen Planes vor einem ernsthaften Hindernis. Aber seitdem hat sich die Lage gebessert.

### Die letzte Rede des Reichskanzlers

vor dem Reichstag, die Einzelangaben über die Haltung und die Politik Deutschlands in der Abrüstungsfrage gab und die gleichzeitig die Vorschläge des Präsidenten Roosevelt annahm, ist sehr nützlich gewesen.

Diese Rede wie auch die hier von Botschafter Nodolny abgegebene Erklärung, in der er im Namen Deutschlands den britischen Plan als die Grundlage unseres künftigen Abkommens annahm, haben die Lage derartig geändert, daß wir von neuem die Prüfung dieses Plans mit der Hoffnung auf Erfolg aufnehmen können.“

Norman Davis fügte hinzu, daß er bereit sei, das Kapitel des englischen Planes über das Material in der kommenden Aussprache über die Materialfrage anzu-

nehmen, und er schloß, indem er auf die Zusammenhänge zwischen Abrüstung, Weltfrieden und wirtschaftlichen Wiederaufbau hinwies: „Wenn wir an die Erfolgsmöglichkeiten denken“, so rief er unter Beifall aus, „können wir uns keinen Misserfolg mehr erlauben.“ \*

Genf, 23. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) In maßgebenden deutschen Kreisen wird die Erklärung von Norman Davis begrüßt. Es wird jedoch hervorgehoben, daß Deutschland auch weiterhin an seinem bisherigen Standpunkt der vollen Gleichberechtigung festhalten werde.

### Der Vier-Mächte-Pakt.

#### Noch keine vollständige Klarheit.

London, 23. Mai. (PAT) Das Reuter-Bureau meldet, daß in den englischen amtlichen Kreisen die Nachricht über eine Verständigung zwischen der Italienischen Regierung und den Botschaftern von Frankreich und England sowie dem Ministerpräsidenten Göring bestätigt wird. Das ursprüngliche Projekt habe starke Abänderungen erfahren. Die Italienische Regierung habe das Projekt nach Genf gesandt, um es den Außenministern von Frankreich, England und Deutschland zur Einsicht zu übergeben. Wie verlautet, soll die Unterzeichnung des Vier-Mächte-Paktes im wesentlichen von der Haltung von Norman Davis abhängen.

Wie hierzu die Havas-Agentur zu berichten weiß, begreift man in Pariser politischen Kreisen den Abschluß des Vier-Mächte-Paktes mit einem gewissen Misstrauen. Die maßgebenden Stellen beschränken sich lediglich auf die Erklärung, daß die Unterredung zwischen Mussolini und Göring und den beiden Botschaftern von Frankreich und England eine „interessante Episode“ in den Verhandlungen darstelle, die in letzter Zeit auf diplomatischem Wege zwischen Rom und den anderen beteiligten Mächten stattgefunden haben. Bis dahin sei es zunächst darum gegangen, hauptsächlich alle zu diesem Pakt gehörenden Fragenkomplexe zu klären. Die Bemühungen seien erfolgreich verlaufen, was auch in den Pariser Kreisen nicht bestritten wird.

Mussolini, der Initiative zu diesem Vierer-Pakt gegeben habe, habe zu gegebener Zeit Vorschläge von Frankreich und Deutschland erhalten. Die Dokumente seien durchgesehen und verglichen worden, um dem italienischen Ministerpräsidenten die Möglichkeit zu bieten, einen Vorschlag auszuarbeiten, der von sämtlichen Regierungen angenommen werden könne. Bisher sei aus Rom noch keine amtliche Meldung eingetroffen, die eine Antwort auf die französische Erklärung darstellen würde.

Die französische Presse berichtet, daß es zwischen Ministerpräsident Göring und dem französischen Botschafter in Rom de Jouvenel zu einer Verständigung gekommen sei. Im allgemeinen bewahrt die französische Presse in den Fragen des Vierer-Paktes eine kühle Befürchtung.

### Republik Polen.

#### Skandinavische Theologen beim Staatspräsidenten.

Der polnische Staatspräsident empfing am Sonnabend skandinavische Theologen, die eine Reise durch Polen unternahmen. An den Empfang beim Staatspräsidenten nahm Generalsuperintendent Bursche-Warschau teil. An der Studienreise durch Polen beteiligen sich der stellvertretende Vorsitzende des Protestantischen Weltbundes Dr. theol. Jørgensen (Dänemark), der bereits in früheren Jahren den Orden Polonia restituta erhielt und dessen Bruder, der augenblicklich in Warschau Theologie studiert und an einer Doktor-Dissertation über schwedisch-polnische Religionsbeziehungen arbeitet. An der Studienreise nehmen ferner das Mitglied des Vollzugsausschusses des Protestantischen Weltbundes Dr. theol. W. Müller-Schweden, Pastor Stabell, Pastor Christie aus Norwegen, Pastor Reeh aus Dänemark und Dr. med. Norgaard teil. Dr. Norgaard war bereits in den Jahren 1920/21 als Leiter der dänischen medizinischen Mission in Polen tätig. Die Studienreise führte die ausländischen Gäste über Posen (wo sie bekanntlich der Evangelisch-unierten Kirche und deren Führer, dem Generalsuperintendenten D. Blau einen Besuch abstatteten), nach Warschau, Łódź, Zemburg, Stanislau, Krakau und Telchen.

#### Polnische Studenten im Gefängnis.

Wie die nationaldemokratische Presse aus Posen meldet, haben die Universitätsbehörden wegen der Inhaftierung von Studenten bei den Polizeibehörden ergebnislos interveniert. Die verhafteten Führer der rechtsradikalen Studentenorganisationen, deren Festnahme im Zusammenhang mit der Aktion gegen den rechtsradikalen „Kreis des Großen Polen“ erfolgt, befinden sich angeblich seit 5 Tagen in Haft, ohne daß man sie dem Untersuchungsrichter vorgeführt hätte oder ihnen erlaubt hätte, mit ihren Anwälten Fühlung zu nehmen.

#### Wieder zwei Todesurteile wegen Spionage.

##### Aus Krakau wird gemeldet:

Nach zweitägiger Verhandlung wurden in Nowe vom Standgericht der 20jährige Edward Drakop alias Pietrow und der 21jährige Stanislaw Bogusiewicz wegen Spionage zugunsten eines Nachbarstaates zum Tode durch den Strang verurteilt.

# Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 23. Mai.

## Wolig und kühl.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet wolkiges und fühlles Wetter mit vorübergehend auffrischenden nördlichen bis nordwestlichen Winden an.

## Beratungen der Hausbesitzer.

Der hiesige Verein der Grund- und Hausbesitzer hielt am Montag um 8 Uhr abends im kleinen Saal des Civikafinos eine Mitgliederversammlung ab. Die Versammlung wurde von dem Vorsitzenden, Ingenieur Schulz, eröffnet, der die überaus zahlreich erschienenen Mitglieder begrüßte und dann über den am gleichen Nachmittag stattgefundenen Verbandstag des Grund- und Hausbesitzerverbandes berichtete. Die Auflösung des Hausbesitzerverbandes, aus dem sich der Grund- und Hausbesitzerverein Graudenz zurückgezogen hatte, wurde von dem Vorsitzenden mit lebhaften Worten bedauert.

Danach wurde dem Syndikus des Grund- und Hausbesitzervereins in Thorn, Herrn Rundt, der mit mehreren Mitgliedern aus Thorn hier zum Verbandstage eingetroffen war, das Wort erteilt. Herr Rundt hielt ein längeres Referat über die neuen Steuergesetze. Aus den Ausführungen des Referenten sei folgendes hervorgehoben. Die Arbeitslosensteuer von Mietquittungen in Höhe von 25 Groschen bei Mieten bis 100 Zloty hörte mit dem 30. April d. J. auf verbindlich zu sein. Mit dem 1. April 1933 trat das Gesetz über den Arbeitsfonds in Kraft. Die bis zum 30. April rückläufige Miete unterliegt noch dem alten Gesetz, d. h. von später gezahlten bis für einschließlich März geltenden Mietern sind noch 25 bzw. 50 usw. Groschen laut den bisherigen Formularen abzuführen. Der Beitrag (oder Steuer) vom Mietstausch für den Arbeitslosenfonds, also die ab 1. April geltende neue Steuer beträgt 0,5 % von der wirklich gezahlten Miete und wird jetzt vierteljährlich abgeführt, d. h. für April, Mai und Juni sind im August 0,5 Prozent der für diese Monate eingekommenen Miete abzuführen; dann für Juli, August und September, zahlbar im November — oder besser gesagt: jedesmal mit der Gebührensteuer ist auch diese neue Arbeitslosenfondssteuer zu entrichten. Die Einzahlung erfolgt in die Magistratssteuerkasse, bis diese die Annahme verweigert, dann in die Kasse des Finanzamtes, wo auch die Gebäude- und Bodensteuer zahlbar sein wird. Bei den Einzahlungen ist gleichzeitig eine Aufstellung über die Höhe der einzelnen Mieten einzurichten, von welchen die Beträge berechnet wurden. Frei von dieser Steuer sind: die eigene Wohnung des Hausbesitzers, Wohnungen von 1 und 2 Zimmern ohne Küche — 2 Zimmer und Küche sind nicht frei. Aber noch eine zweite Arbeitslosensteuer soll eingeführt werden und 1 Prozent betragen. Der Referent machte die Versammlungen außerdem mit der neuen Vermögenssteuer bekannt, die hier bereits besprochen wurde und die ab 1. Januar d. J. verpflichtet. Diese Vermögenssteuer soll bis zum Jahre 1937 von dem Haus-, Grund-, Land- und Industriebetrieb die Summe von 24 Millionen Zloty einbringen. Besonders schwer wird der Haus- und Grundbesitz durch diese Steuer getroffen, der ohnehin unter der Last der vielen Steuern zu leiden hat.

Über all diese neuen Steuern entwickelte sich darauf eine lebhafte Aussprache. Der Hausbesitz wird, wie der Referent noch bemerkte, bei Mietseinnahmen von 1000—2000 Zloty 0,4 Prozent und bei Mietseinnahmen über 2000 Zloty 0,6 Prozent entrichten müssen. In der Versammlung wurde auch über die Strafreinigungsgebühren gesprochen, die Dank der Intervention der deutschen Stadtverordneten vom Magistrat herabgesetzt werden soll. Nach eingehender Durchberatung der Punkte über den neuen Schornsteinegertarif und über verschiedene andere Fragen, schloss der Vorsitzende um 11 Uhr abends die Versammlung.

**S** Einrichtung einer direkten Fluglinie Polen-Palästina. Wie aus Warschau berichtet wird, schlägt die polnische Handelskammer die Durchführung einer direkten Luftlinie Polen-Palästina vor, die namentlich für den Post- und Paketdienst zwischen den beiden Ländern große wirtschaftliche Bedeutung haben würde. Palästina steht — was den Brief- und Paketdienst von und nach Polen angeht — unter den ausländischen Staaten an zweiter Stelle. Nach den Plänen der Handelskammer könnte entweder eine Speziallinie in Betrieb genommen werden; es besteht jedoch auch die Möglichkeit, die schon bestehende polnische Fluglinie Warschau-Saloniki entsprechend zu verlängern.

**S** Die Frage des Autobusbahnhofs soll, wie ein hiesiges polnisches Blatt schreibt, bereits in allernächster Zeit gezeigt werden. Die gesamte Bromberger Bevölkerung wird nur den einen Wunsch äußern: „Hoffentlich geht diese Voraussage tatsächlich einmal in Erfüllung.“ Ganz besonders aber wird die Evangelische Pfarrkirchen-Gemeinde den städtischen Behörden dankbar sein, wenn die Autobusse von ihrem jetzigen Standplatz entfernt und damit alle Störungen aufgehoben werden, die bei den Gottesdiensten sich leider immer bemerkbar gemacht haben. Wie es heißt, soll der Magistrat den Bau des sogenannten Gummi-Bahnhofes dem Autobusbesitzer-Verband in Bromberg übertragen haben. Falls es zu einer Einigung zwischen Magistrat und dem Verband kommt, würde eine gedeckte Halle mit einem Warteraum und Busbett für die Reisenden, einer Reparaturwerkstatt usw. errichtet werden. Der Autobus-Bahnhof würde auf dem am Hann-von-Weyhern-Platz gelegenen Kohlenplatz entstehen.

**S** Ein großer Einbrecher- und Hohlerprozeß stand vor der Strafkammer in der hiesigen Bezirksgerichts statt. Zu verantworten hatten sich nicht weniger als 18 Personen und zwar: der 29jährige Chauffeur Włodzimierz Kowalewski, der 21jährige Glaser Jan Staniszewski, der 20jährige Arbeiter Alfons Rewolinski, der 37jährige Arbeiter Stanisław Klamka, die 21jährige Helena Jaskulska, der 26jährige Josef Jaskulski, der 33jährige Franciszek Skrzypczak, die 30jährige Chefrau Janina des Sk., der 29jährige Dachdecker Mikołaj Dukowski, die Cheleute Josef und Walerja Mańczak, der 50jährige Ludwig Prokopczyk, die Cheleute Franciszek und Helena Sygnarski, die 31jährige Janina Rzezetska, die 31jährige Maria Rakocza, der 26jährige Benjamin Beyer und die 24jährige Helena Rewolinska. Da die Anklagebank

die vielen Angeklagten nicht fassen konnte, mußte noch eine besondere Bank hinzugestellt werden. Josef Jaskulski, Rewolinska Helena und Mańczak Walerja hatten sich zu der Verhandlung nicht gestellt. Die letztere war zwar erschienen, hatte jedoch aus Furcht vor der Verhandlung kurz vor Beginn den Saal fluchtartig verlassen. Krajczynski, Rewolinski und Klamka, die bereits mehrfach vorbestraft sind, wurden aus dem Untersuchungsgesängnis dem Gericht vorgeführt. Den ersten vier Angeklagten legt die Anklagechrist Einbruchsdiebstähle, die übrigen Hohlerprozeß zur Last. Im Dezember und Januar wurden hier eine große Anzahl von Einbruchsdiebstählen verübt, insbesondere Wohnung- und Bodendiebstähle, ohne daß es vorerst der Polizei gelang, die Diebe festzunehmen. Nach sorgfältiger Beobachtung fand endlich der Anführer der Diebesbande, Włodzimierz Krajczynski, festgenommen werden, der nach eingehendem Verhör als seine Komplizen die übrigen drei Angeklagten bezeichnete. Krajczynski hatte zusammen mit den drei Männern nicht weniger als etwa 15 Diebstähle ausgeführt.

Die gestohlenen Sachen verkauft Krajczynski an die Angeklagten Hohler für geringfügige Beträge. Er hatte sich in der Voruntersuchung zu sämtlichen Diebstählen bekannt und die Ausführung derselben in allen Einzelheiten geschildert. In der Gerichtsverhandlung bekannte er, gleichfalls zur Schuld, macht jedoch gewisse Vorbehalte, da er angibt, daß er nur einen Teil der Diebstähle ausgeführt und bei den übrigen Diebstählen nur als Hohler tätig gewesen sei. Er habe nach 5jähriger Gefängnisstrafe vergeblich versucht, eine Beschäftigung zu finden, doch wollte niemand einen gewesenen Buchhändler anstellen, so daß er abermals zum Diebe geworden sei. Zwischen den Dieben bestand eine Abmachung, wonach ein jeder, wenn er allein auf „Arbeit“ ging, die Beute mit den anderen teilen müßte. Er gibt ferner an, daß er die gestohlenen Sachen bei seiner Verlobten, der Angeklagten Jaskulska gut versteckt hatte. Während Rewolinski und Klamka sich gleichfalls zu dem größeren Teil der Diebstähle bekennen, streitet der Angeklagte Staniszewski seine Mittäterschaft vollständig ab. Zwischen Krajczynski und Staniszewski entsteht dieserhalb ein scharfer Wortwechsel, dem erst die Polizei ein Ende macht, indem sie St. einen anderen Platz in der Anklagebank anweist. Er gibt an, daß St. nicht nur an den Diebstählen beteiligt gewesen sei, sondern sich auch später der Polizei als Kontrahent angeboten habe. Da er fast sämtliche Hohler bezeichnet, an die er die gestohlenen Waren verkaufst

Steht einer für alle,  
Stehn alle für einen,  
So kann nicht der eine,  
Das Ganze nicht fallen.  
Die selbst sich nur lieben,  
Das sind die Gemeinen,  
Die Edlen, sie leben  
Und leiden mit allen.

Peter Rosegger.

hatte, versuchen diese auch nicht, den Anlauf der Sachen zu leitigen. Selbstverständlich wollen sie immer nur die Sachen in dem Glauben erstanden haben, daß diese von ehrlichen Quellen herstammten. Nach Schluss der Verhandlung beantragte der Staatsanwalt für sämtliche Angeklagte hohe Gefängnisstrafen. Die Angeklagten wurden zu folgenden Strafen verurteilt: Włodzimierz Krajczynski zu 5, Alfons Rewolinski zu 2 und Stanisław Klamka gleichfalls zu 2 Jahren Gefängnis. Allen drei Angeklagten wurden außerdem die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren aberkannt. Die Angeklagten Mańczak, Prokopczyk, Skrzypczak und Beyer, die bereits vorbestraft sind, wurden für Hohler zu je 8 Monaten Gefängnis und zu einer Geldstrafe von je 200 Zloty verurteilt. Die übrigen Angeklagten erhielten 6 Monate Gefängnis mit einem 5jährigen Straffauschub. Der Angeklagte Jan Staniszewski, gegen den die Gerichtsverhandlung keine Beweise der Mittäterschaft erbringen konnte, wurde freigesprochen.

**S** Wegen Diebstahls hatte sich der 38jährige Lumpenhändler Josef Radeczkowski aus Grün, Mr. Schubin, vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts zu verantworten. Er betrieb einen Lumpenhandel, mit dem er sich ehrlich sein Brot verdiente. Eines Tages gefiel ihm jedoch das Geschäft nicht mehr, weshalb er sich nach einem anderen Tätigkeitsfeld umsah, in der Hoffnung auf einen leichteren und schnelleren Gewinn. Zu diesem Zwecke suchte er sich zwei Compagnons aus und zusammen mit diesen begann er seine neue Tätigkeit damit, daß er in der Nacht zum 20. Dezember v. J. dem Landwirt Włodzimierz Kowalewski in Szczepic einen unerwünschten Besuch abstattete. Die nächtliche Visite endete damit, daß die drei dem Landwirt 800 Kilogramm Getreide aus der Scheune stahlen. Beim Abtransport des Getreides wurden die Spitzbuben von einem Dorfbewohner beobachtet, der ihnen folgte und seine Wahrnehmungen später dem Polizeiposten meldete. Die beiden Komplizen wurden wegen dieses Diebstahls bereits verurteilt. Er erhält jetzt vom Gericht eine zweimonatige Gefängnisstrafe.

## Aleiner Versager —

wie überall.

Inowrocław, 22. Mai. (Eigene Meldung.) Der Deutsche Kultur- und Wirtschaftsbund, Łódź, hatte zum gestrigen Sonntag im Lokale des Herrn Berendt hier selbst eine Versammlung einberufen. Da aber nur eine Person erschienen war, sah der Einberufer, Herr Gebauer, von einem Referat ab.

**S** Grone (Korzenowo), 22. Mai. Kürzlich wurde bei dem Besitzer Max Kleps in Nekla eingebrochen. Die Diebe entwendeten 6 Legehühner, außerdem machten sie einen Einbruchsvorfall in die Räucherfammer, wurden aber gestört.

**S** in Jarotschin, 22. Mai. Die schon mehrfach vorbestraften Panczyński aus Witachow und Stanisław Szypulski aus Jarotschin hatten sich dieser Tage wegen Diebstahls eines Schweins vor Gericht zu verantworten. Das Gericht verurteilte beide Diebe in Anbetracht ihrer Verstrafen zu je zwei Jahren Gefängnis. — Bisher nicht er-

mittelte Diebe stahlen aus dem unverschlossenen Hühnerstall des Franciszek Kurek in Utracy 8 Hühner.

**S** Inowrocław, 22. Mai. Vom Buge überfahren wurde in der Nähe der neuangelegten Station Rabinek hier selbst am Sonnabend der 49 Jahre alte Eisenbahner Franciszek Grochowski, wobei er so schwere Verletzungen davontrug, daß er sofort starb. — Auch ein Kohlendieb, der 21jährige Josef Plawinski aus Pakosch, geriet, als er auf der Eisenbahnstrecke Inowrocław-Dziarnowo auf einen fahrenden Wagon springen wollte, unter die Räder desselben, wobei ihm das linke Bein abgeschnitten wurde. Man schaffte ihn sofort ins Krankenhaus, doch er lag er bald darauf seinen schweren Verletzungen.

**S** Unbekannte Diebe drangen in Gloskowo hiesigen Kreises in die Borratskammer des Landwirts Franciszek Dąbrowski und stahlen daraus 100 Kilo Fleischwaren und 20 Kilo Federn im Gesamtwert von 450 Zloty.

**S** Lissa, 21. Mai. Eine eindrucksvolle Muttertagsfeier, die der Verein deutscher Katholiken veranstaltete, fand am gestrigen Sonntag im Saale des Hotel West statt. Als geladene Gäste waren unter anderen auch Propst Janiewicz-Lissa und Pater Kempf-Posen erschienen. Die Feier wurde von Vorführungen der Jugendgruppe umrahmt.

**S** Am Sonnabend drangen Diebe in eine Wohnung am Kirchring Nr. 3 ein und entwendeten einen Anzug und einen Barbetrag von 200 Zloty. Am Sonntag brachen Diebe während der Kirchzeit in die Wohnung des Buchbinders Woremski, Krasinskiego, ein, konnten aber nichts Brauchbares finden.

**S** Margonin, 22. Mai. Kürzlich wurde des Nachts bei dem hiesigen Dampfmühlenbesitzer Borkowski ein frecher Diebstahl ausgeführt. Die Diebe waren durch das Fenster ins Bureau eingedrungen. Nach mühevoller Arbeit konnten sie den Geldschrank öffnen, doch fanden sie nur 25 Zloty und ein 10-Zloty-Stück Falschgeld!

**S** Am gestrigen Sonntag veranstaltete der Bauerverein in Lipinhausland sein diesjähriges Sommerfest. Bei schönstem Maiwetter hatten sich recht viele Freunde und Gönner eingefunden. Bei slotter Tanztanz nahm das Fest einen harmonischen Verlauf.

**S** Posen, 22. Mai. Gestern abend ertrank in der Nähe von Lubau in der Warthe ein bisher unbekannter Ruderer, dessen Boot gekentert war. Das Boot wurde leer treibend von dem Mitgliede eines Ruderclubs aufgefunden. Die Leiche wurde bisher noch nicht gefunden.

Gestern früh stürzte sich eine 53jährige Ehefrau aus der fr. St. Adalbertstraße 6 aus unbekannter Ursache in selbstmörderischer Absicht in die Warthe. Sie wurde jedoch von zwei Ruderern ans Land gebracht und durch ärztliche Hilfe wieder ins Leben zurückgerufen.

Gestern wurde die Tochter der Familie Deczkowia aus der Gartenstraße, als sie in den Anlagen mit anderen Kindern spielte, von einer Frau aufgefordert, mit ihr zu gehen und an die Hand genommen. Sie erklärte den anderen Kindern, mit dem Kind zur Polizei gehen zu wollen. Seitdem ist das Kind spurlos verschwunden.

**S** Auf der Straße vom Herzschlag betroffen wurde der Mitinhaber einer hiesigen Zuckerwarenfabrik, der 44jährige Adam Baglobiński am Sonnabend.

Von einem Kraftwagen überfahren und sehr schwer verletzt wurde in der fr. Glogauerstraße die etwa fünfjährige Tochter einer bisher noch unbekannten Familie. Das Kind wurde von dem Chauffeur der Arztlischen Bereitschaft abgeführt.

In der Nähe des Bahnhofs Luisenhain wurde ein neugeborenes Kind mit durchschnittenen Kehle aufgefunden. Die Leiche war schon stark verwest.

Vier Rummelblätter spieler, und zwar Stefan Wolniowicz, Ignaz Nowacki, Włodzimierz Palacz und Leo Grabielski wurden wegen Veranstaltung von Glücksspielen festgenommen.

Bei einem Tanzvergnügen in der Eichwaldstraße wurde Ladislaus Nowak aus der Krämerstraße 24 durch mehrere Messerstiche schwer verletzt.

Einbrüche wurden in das Bureau des Rechtsanwalts Bogdański in der fr. Bergstraße 10a und in das des Schulspektors Biliński, fr. Bismarckstraße 10, verübt. Im ersten Falle steht noch nicht fest, was gestohlen worden ist, im zweiten wurden die Einbrecher gestört und mußten unverrichteter Sache wieder abziehen.

**S** Pudewitz (Pobiedziska) 22. Mai. Während der Hochzeitsfeier des Sohnes des Landwirts Simson aus Waldsee hiesigen Kreises, die in Gora stattfand, brannte in Waldsee ein mit 40 Fuhren Lagernder Strohschuber des genannten Besitzers ab. Es wird ein Raubakt vermutet.

## Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein; anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsquittung beigelegt. Auf dem Kuvert ist der Begriff „Briefkasten-Sache“ anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

**S** Sep. Ansprüche auf Unterstützung bei Arbeitslosigkeit verjährten in 6 Monaten, wobei die Militärdienstzeit nicht mitgezählt wird. Es fragt sich nun, wann der Betreffende nach Ableistung seiner Militärdienstpflicht den Antrag auf Unterstützung gestellt hat. Wenn noch nicht 6 Monate verstrichen waren, dann hat er seinen Anspruch auf Unterstützung vom Zeitpunkt seiner Entlassung vom Militär gewahrt. Wenn diese Fristen nicht gewahrt wurden, dann ist nichts zu machen. Eine Appellation gegen das letzte Urteil gibt es nicht, und wenn es eine solche gäbe, dann wäre die Zeit dafür verstrichen. Wir wissen nicht, welche Auskunft nach Chelmno Sie im Auge haben, aber offenbar handelt es sich um einen wesentlich anders liegenden Fall.

## Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 23. Mai 1933.

Krakau — 2,91, Jawischow + 0,99, Warsaw + 1,05, Plock + 0,71, Thorn + 0,75, Jordan + 0,79, Culm + 0,74, Graudenz + 0,96, Kurzebrück + 1,11, Bielitz + 0,37, Orlschau + 0,28, Gliniec + 2,30, Schwerinhorst + 2,46.

Chefredakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: J. B. Arno Ströse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströse; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Hocke; für Anzeigen und Beklame: Edmund Przygrodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann & Co. v. s. f. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 118.

Hans Joachim  
Die glückliche Geburt eines  
gesunden Stammhalters  
zeigen hiermit hocherfreut an

Willy Krause  
und Frau Friedel geb. Gröhl  
Sepólno, den 22. Mai 1933.

**Augen-Heilanstalt** Poznań, 7, Wesola 4,  
zwischen Theater und  
Theaterbrücke 4320  
Sanitätsrat Dr. Emil Mutschler  
Tagespensionspreis 5, 10, 15 zł  
ärztliche Behandlung nicht inbegriffen.

Tüchtiger  
Fleischer-  
Geselle  
evgl., 26 J. alt, perfekt.  
Schlächter und Wurst-  
macher, sucht Stellung  
von sofort oder später  
Gefl. Zeitschrift. unt. G.  
4316 a. d. Dt. Rdsch. erb.

**Freie Stadt Danzig**  
Neuzeitliches vornehmes Cafèhaus  
in der belebtesten Geschäftstraße Danzigs von sofort oder später zu vermieten, zu verpachten oder auch zu verkaufen.  
**Jahresumsatz ca. 180 000.— Danz. Gulden.**  
Im Erdgeschoss und offenen Zwischenstock etwa 250 Plätze.  
Wintergärtchen usw. Die Räume sind vor 1 Jahr umgebaut und neu eingerichtet. Ferner auf Wunsch 3 große Säle in den Obergeschossen mit Fahrstuhlvorbereitung.  
In den Anträgen bitten wir um Angaben über die bis-  
herige Tätigkeit, Empfehlungen und Höhe des hierzu verfügbaren Kapitals.

Soeben erschienen!

**Der neue Fahrplan**  
für Bromberg  
gültig ab 15. Mai 1933  
enthalt

**Abfahrt und Ankunft**  
in Bromberg  
der Eisenbahn  
Autobusse  
Flugzeuge.  
Preis zt 0.30.

**A. Dittmann T. z o. p.**  
Telefon 61 Bydgoszcz Marsz. Focha 6.

**Daßbilder**  
6 Stück sofort mit 175  
FOTO-ATELIER  
nur Gdańsk 27 Tel. 120

**Rechts-Beistand**  
St. Banaszak  
Bydgoszcz  
ul. Cieszkowskiego 4  
Telefon 1304.  
Bearbeitung von allen, wenn auch schwierigsten Rechts-Straf-, Prozeß-, Hypotheken-, Aufwertungs-, Miets-, Erbschafts- und Gesellschaftssachen usw. — Erfolgreiche Beleibitung von Forderungen. Langjährige Praxis!

**Handels-Kurse**  
G. Vorreau  
Marsz. Focha 10

**Umäßlerarbeiten**  
Reparaturen bitten deutscher Tischler. Zeitschriften bitte an Geschäftsstelle Nezegan, ul. 20 Stycznia 20 r., Nr. 2 (Goethestraße). 208

**Draht** für jeden Zweck 370  
**Drahtzaungeflecht**  
**Draht-Matratzen**  
**Draht-Fischreusen**  
Stück jetzt nur zt 8.50  
Alexander Maennel,  
Nowy Tomyśl (W. 6.)

**Kirchenzettel.**  
Himmelfahrt.  
Słotniki-Kui. Nachm.  
3 Uhr Gottesdienst.  
Lud. Vorm. 10 Uhr  
Predigtgottesdienst, nachm.  
3 Uhr Kreisjugendbundfest  
in der engl. Kirche.

Iwig. Vorm. 10 Uhr  
Erlösgottesdienst.  
Johanneskirche, 4167  
powiat Chodzież.

**Kurort Brzoza**  
pow. Bydgoszcz  
an schönem See und in Kiefernwäldern gelegen, empfiehlt 2107

**Zimmer für 1 und 2 Personen**  
Pflege der Kurgäste außergewöhnlich gut.  
Gefl. Meldungen unter obiger Adresse.

**Dauerpension**  
zu niedr. Preis. finden  
Damen od. Herren auf  
größ. Gut, Nähe Brom-  
bergs, mit schöner Um-  
gebung, Wald und Wasser.  
Gefl. Anfr. unt. N. 2077  
a. d. Gesch. d. Zeitg. erb.

**KINO KRISTAL**  
Beginn: 7 und 9.  
Feiertags ab 3.20.

Heute, Dienstag, Premiere! Das große Abenteuer-Drama vom Meister-Reisseur W. S. van Dyke. Dieser Film führt in die Heimat Kubanischer Liebeslieder und der Zauber dieses Landes, die herrlichen Gesänge und schöne Musik werden dieses reizende Abenteuer-Erlebnis bestimmt zum Erfolg machen.

## OVOMALTINE

AUF DER GANZEN WELT BEKANNTES  
VITAMIN-NÄHRMITTEL

**BILLIGER!**



ERHÄLTLICH  
BÜCHSE SCHON

FÜR 2 ZŁ

FABRYKA CHEM. FARM.  
Dr. A. WANDER S.A. KRAKÓW

## Heirat

**Landwirt** 27 J., evgl., sucht  
ein Fräulein zweds Heirat  
kennen z. lern. Einheirat  
in kleineres Grundstück  
bevorzugt. Etw. Verm.  
vorb. Gefl. Zeitschr. unt.  
B. 2086 a. d. Gesch. d. Zeitg. erb.

**Geflügelzüchter !**  
Bestes Geflügelzutter  
für Schweine ist mein  
erprobtes Fleisch- und  
Knochenmehl  
a. Str. 12,50 zt.

**Ich suche** einen Land-  
wirt, über 30 Jahre, mit  
12 000 zt Barverm.  
zur Einheirat in 120  
Morg. Wirtschaft. 4269  
Einen Landwirt, über  
34 J., mit 10 000 zt Bar-  
vermög. zur Einheirat  
in 90 Morg. Wirtschaft.  
Frau J. Wagner, Poznań,  
skrytka pocztowa 198.

Fräulein, evang., gute  
Erziehung, mit groß.  
Barvermög., komplett.  
Aussteuer und Märsche,  
wünscht solid, tüchtig.  
Handwerk, od. Landw.  
von 28–35 Jahren mit  
H. Vermög., jed. nicht  
Beding, zweds glückl.

**Heirat**  
kennen zu lernen. Nur  
ernstgemeinte Öfferten  
unter Z. 4249 an die  
Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

**Offene Stellen**

Wir suchen einen tüchtigen  
Vertrauensmann.

Organisatorisch begabt.  
Herren erhält bei Eig-  
nung Gehalt, Spesen u.  
Provision. Ausführl.  
Werbeurk. mit Zeug-  
nisabschriften an 4222  
Kapitalnachweis A.-G.  
Basel/Schweiz.

Deutsche

**Schmiede- und  
Schlossermeister**  
in allen in der Landw.  
vorrom. Maschinen-  
arbeit, firm, mögl. un-  
verheiratet, sucht 4290

**Herrschafft** Drzeżdżowice  
v. Osieczna, pow. Leszno.

**2 Forstlehrlinge**

fürmen sich melden.  
Entgelt für den Unter-  
halt ist an den Förster  
zu zahlen. 4296

H.v. Wegner, Drzeżdżowice  
bei Toruń.

**Arbeitsbüro**

unter 16 Jahren, stellt  
sofort ein. Gdańsk 138  
4208

**Geldmarkt**

100 000 złoty

als erftellige Hypothek

auf la Landgut, in der

Nähe von Gdańskia,

gesucht. Angebote unt.

E. 4309 a. d. Gesch. d. Zeitg. erb.

100 000 złoty

als erftellige Hypothek

auf la Landgut, in der

Nähe von Gdańskia,

gesucht. Angebote unt.

E. 4309 a. d. Gesch. d. Zeitg. erb.

100 000 złoty

als erftellige Hypothek

auf la Landgut, in der

Nähe von Gdańskia,

gesucht. Angebote unt.

E. 4309 a. d. Gesch. d. Zeitg. erb.

100 000 złoty

als erftellige Hypothek

auf la Landgut, in der

Nähe von Gdańskia,

gesucht. Angebote unt.

E. 4309 a. d. Gesch. d. Zeitg. erb.

100 000 złoty

als erftellige Hypothek

auf la Landgut, in der

Nähe von Gdańskia,

gesucht. Angebote unt.

E. 4309 a. d. Gesch. d. Zeitg. erb.

100 000 złoty

als erftellige Hypothek

auf la Landgut, in der

Nähe von Gdańskia,

gesucht. Angebote unt.

E. 4309 a. d. Gesch. d. Zeitg. erb.

100 000 złoty

als erftellige Hypothek

auf la Landgut, in der

Nähe von Gdańskia,

gesucht. Angebote unt.

E. 4309 a. d. Gesch. d. Zeitg. erb.

100 000 złoty

als erftellige Hypothek

auf la Landgut, in der

Nähe von Gdańskia,

gesucht. Angebote unt.

E. 4309 a. d. Gesch. d. Zeitg. erb.

100 000 złoty

als erftellige Hypothek

auf la Landgut, in der

Nähe von Gdańskia,

gesucht. Angebote unt.

E. 4309 a. d. Gesch. d. Zeitg. erb.

100 000 złoty

als erftellige Hypothek

auf la Landgut, in der

Nähe von Gdańskia,

gesucht. Angebote unt.

E. 4309 a. d. Gesch. d. Zeitg. erb.

100 000 złoty

als erftellige Hypothek

auf la Landgut, in der

Nähe von Gdańskia,

gesucht. Angebote unt.

E. 4309 a. d. Gesch. d. Zeitg. erb.

100 000 złoty

als erftellige Hypothek

auf la Landgut, in der

Nähe von Gdańskia,

gesucht. Angebote unt.

E. 4309 a. d. Gesch. d. Zeitg. erb.

100 000 złoty

als erftellige Hypothek

auf la Landgut, in der

Nähe von Gdańskia,

gesucht. Angebote unt.

E. 4309 a. d. Gesch. d. Zeitg. erb.

100 000 złoty

als erftellige Hypothek

auf la Landgut, in der

Nähe von Gdańskia,

gesucht. Angebote unt.

E. 4309 a. d. Gesch. d. Zeitg. erb.

100 000 złoty

als erftellige Hypothek

auf la Landgut, in der

Nähe von Gdańskia,

gesucht. Angebote unt.

E. 4309 a. d. Gesch. d. Zeitg. erb.

100 000 złoty

als erftellige Hypothek

auf la Landgut, in der

Nähe von Gdańskia,

Bromberg, Mittwoch den 24. Mai 1933.

## Pommerellen.

23. Mai.

## Graudenz (Grudziadz).

Über die Kücke für die arbeitslose Intelligenz in der Grabenstraße (Groblowa) wurde in der dieser Tage abgehaltenen Generalversammlung des Ortsvereins Graudenz des Frauenverbandes für bürgerliche Wirksamkeit berichtet. Die Kücke ist s. St. von dieser Organisation unter Mithilfe der Damen vom Roten Kreuz und des Magistrats in der Grabenstraße (Groblowa) eingerichtet worden. Danach sind vom Tage der Eröffnung der Kücke (22. Januar d. J.) bis zum 26. April d. J. durchschnittlich 270 Personen täglich mit Mittagessen versehen worden. Im ganzen wurden in diesem Zeitraum 21908 Mittagsportionen verabfolgt, und zwar im Januar an 248 Personen 1789, im Februar an 250 Personen 6833, im März an 273 Personen 7908 und im April an 291 Personen 5298.

Eine Fahrt ins Blane veranstaltete am Sonntag der Graudenser Raderverein mit dem Dampfer "Courier". Der Einladung dazu war auch eine erhebliche Zahl von Gästen gefolgt, so daß die Teilnehmerzahl 170–180 Personen betrug. Gegen 9.15 Uhr trat der Dampfer seine Fahrt an, und zwar zunächststromab bis über Schloßberg und Festung hinaus, wendete dann und fuhr den Strom hinauf bis nahe vor Schweiz. Bei dem schönen Maienwetter herrschte unter den Teilnehmern die denkbar fröhlichste Stimmung, die durch Vorträge einer kleinen Kapelle noch gehoben wurde. Am schönen Weichselufer war bald das angeregteste Strandleben imuge. Wer ein erquickendes Bad in Mutter Weichsels Wogen nehmen wollte, hatte auch dazu Gelegenheit. Und es gab deren manche, die davon ergiebig Gebrauch machten. So vergingen die Stunden schnell, und kurz vor 6 Uhr trat man dann die Rückfahrt an zum heimischen Hafen.

Gefangenentransport. Am Sonnabend traf mit Lastauto ein Transport von fünfzehn Personen hierher ein. Es waren dies Teilnehmer an einer Arbeitslosen-Demonstration, die am Freitag in Schweiz stattgefunden hat, und bei der die Festgenommenen sich straffällig benommen haben. Gegen 4 Uhr nachmittags waren aus der Umgegend Gruppen von Arbeitslosen nach Schweiz gekommen. Ihre Absicht war, Unterstützung oder Arbeit zu erlangen. In Schweiz schlossen sich den Auswärtigen ortsnässige Personen in größerer Zahl an, so daß es schließlich einige hundert Personen waren. Diese zogen vor das Starostwo, und hier zeigten einige der Teilnehmer ein derart auffälliges und herausforderndes Verhalten, daß die Polizei zweimal einzuschreiten gezwungen war. Dabei wurden nun die eingangs erwähnten Leute verhaftet. Abends herrschte in Schweiz Ruhe. Die nach Graudenz Gebrachten sind ins Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden.

Taschendiebstahl. Während der Fliegervorführungen am Sonntag nachmittag wurde im Menschenandrang einem hiesigen Bewohner, Jan Tarczynski, Tollebierstraße (Kosciuszki) 9, seine Brieftasche mit 100 Zloty und Papieren aus der Tasche entwendet. Der Verlust des Beischlusses beträgt etwa 120 Zloty.

## Thorn (Toruń).

Der Wasserstand der Weichsel ist seit Sonnabend wieder im Zurückgehen begriffen und betrug Montag früh am Thorner Pegel 0,79 Meter über Normal. Die Wassertemperatur ist auf 12 Grad Celsius gestiegen.

Durch Unvorsichtigkeit eines Mädchens gerieten am Sonntag vormittag während der ersten hl. Kommunion in der St. Marienkirche Haare und Kleid einer Kommunikantin in Brand. Glücklicherweise konnte jede Gefahr schnell beseitigt werden. Unter der die Kirche füllenden Gemeinde entstand begreiflicherweise erhebliche Aufregung.

Zwei Unglücksfälle am Sonntag. Im Stadtkrankenhaus ärztliche Hilfe im Anspruch nehmen mußte am Sonntag ein Motorradfahrer, der in der Uferstraße (ul. Nadarzyna) gegen einen Vaterneppahl fuhr und sich dabei erheblich verletzte. In den Abendstunden des gleichen Tages mußte auch ein kleiner Junge verbunden werden, der sich an ein Auto gehängt hatte und dabei auf das Straßenpflaster gestürzt war.

Abhilfe erforderlich. In der Wallstraße (ul. Waly) bedarf der Bürgersteig vor dem Gebäude der Wojewodschaft dringend einer Instandsetzung. Infolge Senkungen des Erdreichs haben sich ganz erhebliche Vertiefungen gebildet, in denen sich bei jedem Niederschlag das Regenwasser zu größeren "Seen" anstaut und so das Passieren unmöglich macht.

Nicht umfangreich ist der letzte Polizeibericht. Ihm zufolge gelangten zur Anzeige: ein versuchter Einbruch und vier kleine Diebstähle sowie die Fälschung eines Pferde-Identitätsbüchlein. Zu Protokoll genommen wurden sechs bzw. fünf Übertretungen von polizeilichen Verwaltungs- und handels-administrativen Vorschriften, je ein Fall gefährlicher Bedrohung und Verlehung eines Passanten durch den Biß eines Hundes. Ausfindig gemacht wurden vier Blumenpflanzen, die aus einem Diebstahl vom alstädtischen Friedhof stammen. — An Festnahmen sind zu verzichten: eine Person unter dem Verdacht eines Einbruchsdiebstahls, zwei Personen wegen kleiner Diebstähle und eine Person wegen Händelnsucht und Schlägerei; die Betroffenen wurden nach erfolgter Vernehmung wieder entlassen. Wegen Diebstahls von 480 Zloty wurde eine arrestierte Person zwecks Bestrafung ins Burgergericht eingeliefert.

Aus dem Landkreise Thorn, 22. Mai. Nach Eindrücken einer Fensterscheibe wurde neulich abend ein Diebstahl in der Wohnung des Propstes Walerian Ossowski in Rawra verübt. Gestohlen wurden für insgesamt etwa 1100 Zloty Damenwäsche mit dem Monogramm J. O. sowie Schmuckgegenstände. Die Polizei leitete sofort eine Untersuchung ein, die bisher jedoch noch kein Ergebnis gezeigt hat.

In Goßlershausen (Fablonowo), 22. Mai. Eine aufregende Verhaftung spielte sich in vergangener Woche in der Gemeinde Bliesen ab. Der Polizeistation Fablonowo wurde gemeldet, daß sich ein langgeführter Bandit aus Buk in Budziszewo aufhalte. Als zwei Beamte zur Verhaftung schreiten wollten, ergriff der gesuchte Bandit durch das offen stehende Fenster die Flucht. Nun begann eine aufregende Verfolgung, an der sich auch Bürgersonnen beteiligten. Dem mitgeführt Polizei wurde es zu verdanken, daß die Verhaftung nach etwa einstündiger Verfolgung vorgenommen werden konnte. Die letzte Zuflucht des Banditen war der Sitnokanal in Bliesen. Er konnte gefesselt und nach Fablonowo abtransportiert werden. Während der Verfolgung hatte er eine geladene Selbstladepistole fortgeworfen.

In der Nacht zum 16. d. M. wurde bei dem Besitzer Werner in Budziszewo ein Einbruch verübt. Mittels einer mitgebrachten Leiter hatten die Diebe die Fenster des Speichers erbrochen und Mehl und Bettfedern im Werte von 200 Zloty mit sich gehen lassen.

Nicht auf die Schlaueit der Eigener war ein Besitzer aus Hohenkirch. Als die Familienangehörigen des Betreffenden zum Wochenmarkt gefahren waren, wurde der Besitzer von einem Eigenerpaar besucht, das bettelte. Während der Eigener auf dem Gehöft wartete, wußte die Frau den Besitzer im Zimmer solange durch ihre Redekunst zu fesseln, bis der Eigener 6 Hühner und 2 Puten in aller Ruhe in einen Sack verpacken und das Weite suchen konnte. Erst später wurde der Verlust bemerkt.

In Konitz (Chojnice), 22. Mai. Die freiwillige Feuerwehr hatte am gestrigen Sonntag unter reger Beteiligung ihren traditionellen Frühlingszug nach Wilhelmshöhe veranstaltet. Mit klingendem Spiel ging es zunächst auf den großen Spielplatz, wo einige Übungen gemacht wurden und dann nach Wilhelmshöhe, wo eine Frühstückstafel für das leibliche Wohl sorgte. Gegen 11 Uhr wurde der Rückmarsch angetreten.

Die Jugendabteilung Görsdorf des B. d. K. machte gestern einen Ausflug nach Jakobsdorf, bei dem die Gesangsgruppe einige hübsche Lieder vortrug.

Die Postagentur in Koszabude bei Brück, die seit 50 Jahren besteht, ist aus Sparzwecken gründen aufgelöst worden. Die 1500 Einwohner dieses großen Dorfes haben einen Protest dagegen nach Warschau eingereicht.

## Büntliche Zustellung der Deutschen Rundschau

wird erreicht, wenn das Abonnement für den Monat Juni heute noch erneuert wird!

In Löbau (Lubawa), 22. Mai. Die Rekrutenausbildungskommission wird im hiesigen Kreise an folgenden Tagen antreten: am 29. und 30. Mai in Lomnitz (Lakorz), Hotel Roth, am 31. Mai, 1.–3. und 6. Juni in Löbau, Hotel Kowalski in der Kuppnerstraße, am 7.–10. und 12.–13. Juni in Neumark (Nowemiaty) im Centralhotel. Stellungspflichtig sind die Mannschaften des Jahrgangs 1912, zurückgestellt (Kat. B) früherer Jahrgänge und diejenigen, die sich zum Freiwilligendienst angemeldet haben.

Roth ist amtlich bei getöteten Pferden der Landleute Johann Łąkński in Szczepankow, Franz Chachrowski und August Graß in Tusze, Schweinepest im Gehöft des Landwirts Al. Raszkowski in Grodziażno und Schweinerölfest im Gehöft des Landwirts Włodysław Dąbrowski in Radomno festgestellt. Sicherheitsmaßnahmen sind angeordnet.

In Neustadt a. W., 22. Mai. Eine Sitzung der Ortsgruppe Wilhelmswalde der Westpolnischen Landwirtschaftlichen Gesellschaft war zum vergangenen Sonnabend um 7 Uhr einberufen worden. Der Hauptpunkt der Tagesordnung umfaßte einen Vortrag über das Thema "Die Weltwirtschaftskrise". Der Redner versuchte, ein umfassendes Bild über die Ursachen und Auswirkungen der Wirtschaftskrise zu geben und knüpfte daran die Zukunftsaussichten, die aus den von den Ländern einzeln und gemeinsam unternommenen Gegenaktionen für die Landwirtschaft ersehen. Dem Vortrag schloß sich eine äußerst lebhafte Debatte an.

In Tuchel (Tuchola), 22. Mai. In Hochdorf (Wysocki) bei Tuchel drangen Diebe, indem sie eine Fensterscheibe ausnahmen, in die Wohnung des Alfons Lewkowicz und entwendeten: zwei Herrenanzüge, eine Matrosenbluse, eine Sporthose, eine goldene Herrenuhr im Wert von 350 Zloty, eine silberne Taschenuhr, einen Koffer, Selbstbinder, Pantoffeln, einen Räucherapparat, eine Brille, Schals und einige Wäschestücke. Dem dort wohnenden Schwager des B. Leo Zdrajewski, wurden ein Anzug und mehrere Kleinigkeiten gestohlen. Da der Diebstahl gleich am nächsten Morgen bemerkt und der Polizei gemeldet wurde, begann die sofortige Verfolgung der Diebe. Bei einem gewissen Ludwig Kruczynski im Kreise Schweiz wurde bald eine größere Menge der gestohlenen Sachen aufgefunden. Er wurde sofort verhaftet und ins Gefängnis eingeliefert.

In Zempelburg, 22. Mai. Die Oberförsterei Klein-Lutau veranstaltet am Freitag, dem 26. d. M., im Hotel Polonia eine Holzversteigerung von Nutz- und Brennholz aus den Revieren Emmiswalde, Kottasheim und Lutau gegen sofortige Barzahlung.

Auf dem letzten Wochenmarkt kostete das Pfund Spargel 0,50, Butter 1,20–1,30, Eier 0,70–0,80 die Mandel, Kartoffeln 1,10 der Bentner. Die Preise für Absatzkerzen auf dem Schweinemarkt schwanken zwischen 25–40 Zloty das Paar.

## Kleine Rundschau.

Wie alt ist die Magnetnadel?

Nach landläufiger Ansicht wurde die Magnetnadel schon vor unendlichen Zeiten von den Chinesen als Kompaß gebraucht, man spricht in diesem Zusammenhang sogar vom zweiten vorchristlichen Jahrhundert. Nach neueren Untersuchungen, über die Professor Lippmann berichtet, ist diese Ansicht jedoch in den Bereich der Fabel zu verweisen. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß die Glaubwürdigkeit zahlreicher chinesischer Quellen sehr zweifelhaft ist. Als erste zuverlässige Nachricht kann eine Angabe aus dem Jahre 1210 gelten, wonach aus Sumatra kommende Fremde, wahrscheinlich also Araber, einen Magneten benutzt hätten. Auch Marco Polo lernte diesen noch im 13. Jahrhundert bei den Chinesen nicht kennen. Andererseits dürfen die Normannen schon Mitte des 11. Jahrhunderts die Magnetnadel als Wegweiser gebraucht haben, während für das übrige Europa glaubwürdige Nachrichten erst für das 13. Jahrhundert verbürgt sind.

## Rundfunk-Programm.

Donnerstag, den 25. Mai.

Königs Wusterhausen.

06.35: Hafenkonzert. 08.55: Morgensei. "Himmelfahrt". 11.00: Günther Wissmann liest eigene Gedichte. 11.15: Deutscher Seewetterbericht. 11.30: Von Leipzig: Bach-Kantate. 12.00: Von Breslau: Konzert. 12.55: Zeitzeichen der Deutschen Seewarte. 14.00: Schallplattenkonzert. 15.30: Für die Frau. 16.10: Hauskonzert. 16.45: Von Hamburg: Großer Preis von Hamburg auf der Vorsteler Rennbahn. 17.05: Musikalische Matrose. 18.00: Von Leipzig: Heilkonzert; anlässlich des XXII. Anhaltischen Musikfestes in Bern. 19.00: "Die Glücksritter", nach der Novelle von Joseph von Eichendorff. 20.00: Von Mühlacker: Bunter Abend. 21.00: Von Frankfurt: "Ali Pacha". 22.15: Nachrichten. Sport. 22.45: Seewetterbericht. 23.00–24.00: Von Langenberg: Nachtmusik und Tanz.

Breslau-Gleiwitz.

08.00: Bandonionkonzert. 10.00: Von Gleiwitz: Katholische Morgenfeier. 11.30: Von Leipzig: Bach-Kantata. 12.00: Konzert. 15.00: Gleiwitz: Von Post-D. S.: Einweihung der neuen Jugendherberge. 16.00: Unterhaltungskonzert. 18.00: Von Leipzig: Festkonzert. 19.30: Das himmlische Tor. Kinder- und Volkssieder, Sprüche und Märchen. 20.30: Blaskonzert. 22.30 bis 24.00: Nachtmusik und Tanz.

Königsberg-Danzig.

06.35–08.15: Von Hamburg: Hafenkonzert. 09.00: Evangelische Morgenandacht. 11.30: Von Leipzig: Bach-Kantata. 12.00: Von Breslau: Konzert. 14.00: Jugendstunde. 15.00: Unterhaltungskonzert. 18.45: Abendmusik 20.20: Hanneles Himmelfahrt. Oper in zwei Akten von Paul Graener.

Leipzig.

06.35: Turmblasen vom Bartholomäikirchturm in Berlin. 07.00: Frühling anlässlich des Anhaltischen Musikfestes in Berlin. 08.30: Aus der Schlosskapelle in Berlin: Orgelsonaten. 09.00–10.00: Morgenfeier. "Das ewige Werden". 11.30: Reichssendung: "Auf Christi Himmelfahrt allein". Kantate von Johann Sebastian Bach. 12.00: Konzert. 14.40: Klaviermusik. 15.15: "Der goldene Topf" (Wiederholung). Für den Funk bearbeitet von Hans Heidecke. 17.05: Ein Frühlingstag im deutschen Lied. 18.00: Von XXII. Anhaltischen Musikfest in Berlin: 2. Festkonzert. Leipziger Sinfonieorchester. 20.05: Von Berlin: Orchesterkonzert. 21.30: Von Berlin: Deutsche Heldenfeier.

Warschau.

12.15: Aus der Philharmonie: Konzert. Philharmonisches Orch., Chor und Solisten. 14.20: Von Krakau: Konzert. 15.00: Von Krakau: Konzert. 17.00: Violinovortrag. Irene Dubiska. 18.00: Tanzmusikübertragung. 19.25: "Sirene und die Tanzstunde", Sörispiel. 20.00: Abendkonzert. Funkorch. und Solisten. 22.00: Tanzmusik. 23.00: Tanzmusik.

Unsere Leser werden gebeten, bei Bestellungen und Einlagen sowie Öfferten, welche sie auf Grund von Anzeigen in diesem Blatte machen, sich freundlich auf die "Deutsche Rundschau" beziehen zu wollen.

## Graudenz.

Größte Auswahl in:  
Tapeten  
Teppichen  
Linoleum  
Wachstuch  
zu billigen Preisen  
empfiehlt 4266

Paul Marischler,  
Graudenz. Tel. 517.

Für Konzerte  
Gesellschaften u. Tanz  
empfiehlt sich 4264  
Kapelle R. Jeske,  
Mickiewicza 22, Wg. 6.

Registrierkasse

noch guterh., 3. Kauf. ges.

Off. m. Preisang. und

Fabrikat. u. Nr. 4303 a.

d. G. Ch. Kriede g. richt.

Eintritt frei!

Simmelfahrt, den 25. Mai 1933

im Tivoli garten, 7 Uhr morgens 4212

Früh-Konzert

Biedertafel, Grudziadz.

## Thorn.

M.-G.-V. „Thorner Liedertafel“.

Am 25. Mai, 7 Uhr, im „Deutschen Heim“:

Himmelfahrts-Frühkonzert.

Alle Freunde des deutschen Liedes sind herzlich eingeladen.

Eintritt frei.

4206 Der Vorstand.

Tani Sklad,

ul. Kopernika 32, 4220

Zimmerwohnung, 4220

# Generalkirchenvisitation in den Kirchenkreisen Bromberg I und Bromberg II.

III.

Auf dem Plan der Kirchenvisitation für den 19. Mai stand zunächst das kleine Nebstdörfchen Neßwälde. Seine nachweisbare Geschichte reicht zurück bis in das Jahr 1299, da ihr Stadtrechte verliehen wurden. Die Stadt hatte in alten Zeiten größere Bedeutung, ja sie war früher größer als Bromberg, während sie heute mit ihren kaum 2000 Seelen nur wie ein kleineres Dorf wirkt. Evangelische Bewohner hat es dort schon in älteren Zeiten gegeben, jedoch kam sie erst im Jahre 1867 durch Abzweigung von den Nachbargemeinden Schubin und Labischin zur kirchlichen Selbständigkeit als eigene Kirchengemeinde. Freilich wurde erst 1901 und 1906 das heutige Pfarrhaus erbaut. 28 Außenorte gehören dazu mit 16 Friedhöfen. Die evangelische Seelenzahl betrug 1914: 1700 Seelen, jetzt 1050. Der alte Pfarrer Nebenhäuser hat der Gemeinde durch 28 Jahre die Treue gehalten und wirkt wie eine lebendige Tradition. In seinen Begrüßungsworten erinnert er an die letzte Generalkirchenvisitation vor 35 Jahren, die er dort schon erlebt — ein selterner Fall — und die erste Generalkirchenvisitation in Obrornik unter D. Blau im Jahre 1912, die er als Mitglied der Kommission mitmachte. Mit viel feierlichem Humor ließ er uns einen Blick hineintun in die lange Zeit seines Wirkens, da er und seine Gemeinde Freude und viel Leid miteinander teilsen. Besonders die Grenzkämpfe des Jahres 1919 — Neßwälde lag in der Demarkationslinie — haben dort manche Wunden geschlagen, deren Spuren noch heute an den Mauern zu finden sind.

Zum Festgottesdienst um 9 Uhr betrat die Kommission zusammen mit sämtlichen Herren der kirchlichen Körperschaften in langem Zuge das geschmückte Gotteshaus und Pfarrer Nebenhäuser hielt über Joh. 14, 4–11, — Christus allein ist uns Weg, Wahrheit und Leben — die Festpredigt, während der Generalsuperintendent in seiner Visitationssprache über Ps. 73, 25–26, die Gedanken der Predigt weiterführte und die Gemeinde in aller Sorge tröstete mit dem Gottestrust der kostbaren Gewissheit, wenn wir nur Ihn haben, so fragen wir nichts nach Himmel und Erde.

D. Hildt rief dann die Jugend auf zum Bekenntnis: wer mich kennt vor den Menschen, den will ich auch be-

kennen vor meinem himmlischen Vater, und Pfarrer Wolter zeigte den Vätern und Müttern ihren Christenweg. Während der folgenden Sitzung des Gemeindelkirchenrats im Pfarrhaus besuchten einige Kommissionsmitglieder den Friedhof, und Pfarrer Nöhricht zeigte den 20 Kindern im Kindergottesdienst an dem Bilde des Hauptmanns von Kapernaum (Kuf. 7, 11) wie nur markiger Glaube uns den Himmel öffnet.

Mit Dank nahm die Kommission für alle freundlichen Erfahrungen Abschied, um sich der verwalteten Gemeinde in Lachowic zu wenden, die von Pfarrer Staffehl aus Prinzenthal bei Bromberg aus mit verwaltet wird. Freilich völlig verwirkt ist die Gemeinde Lachowic nicht, da die verwitwete, noch im Pfarrhaus wohnende Frau Pastor Triebel sich treulich weiter in den Dienst der Gemeinde stellt und vor allem durch den Kindergottesdienst mit am Bau des Reiches Gottes hilft. Lachowic ist noch im glücklichen Besitz zweier deutscher Lehrkräfte, und der Kirchenchor, der durch mehrere schön vorgetragene Lieder den Gottesdienst verschönerte, zeigte unter Leitung des Lehrers, daß Gott unsere Zuversicht und Stärke sein will. Im Gottesdienst hielt Pfarrer Staffehl die Predigt über Matth. 9, 25–28. Die Ernte auf Gottes Ackerfeld ist groß, die Zahl der Arbeiter ist nur gering, unter Führer Christus sucht auf den weiten Märkten der Menschenwelt nach Arbeitern, die sich in Treue in den Dienst des großen Werkes der Mission stellen sollen und wollen. Die Visitationssprache von Pfarrer Wolter führte die Gedanken der Predigt in die Tiefe, „damit wir nicht vergleichlich die Gnade Gottes empfangen haben“, 2. Kor. 6, 1, und Pfarrer Katscher mahnte die jungen Menschen zur Tat. Jugend will Taten, hier ist für sie ein weites Feld der Tätigkeit, auf dem es keine Ernährung gibt. Schließlich führte der Generalsuperintendent an der Hand von Mark. 1, 29 ff. die Hauseltern in das Petrushaus an das Krankenlager von Petrus Schwiegermutter und zeigte, welch ein kostlich Ding es ist, wenn die Hausgenossen, die Alten und die Jungen, in erster Liebe und in rechtem Frieden einer des anderen Last tragen. Während der Sitzung des Gemeindelkirchenrats und dem Kindergottesdienst (D. Hildt) besuchten Pfarrer Nöhricht und Pfarrer Katscher die Friedhöfe in Lachowic und Lachowice, auf denen man spürte, welche Wohlthat eine Generalkirchenvisitation auch für die Ruhestätten der Toten ist, deren würdige Herrichtung und schöne Blumenbepflanzung von freiem Dienst in der Gemeinde zeugen.

Untreue hat der Strafgerichtsamt des Oberlandesgerichts in Königsberg auf die Beschwerde der Beschuldigten Grafen von Eulenburg-Praßen und Dr. Hinz durch Beschluss vom 20. Mai 1933 die Haftbefehle der 8. Strafkammer des Landgerichts in Königsberg gegen diese Beschuldigten aufgehoben, weil nach Auffassung des Senats nach der jetzigen Aktenlage der Tatbestand gegen diese Beschuldigten nicht dringend ist.

## Weihetunde auf dem Kyffhäuser.

Auf dem Kyffhäuser fand am Sonnabend, dem 20. d. M., in Gegenwart von Vertretern aller deutschen Kriegervereine und in Anwesenheit des Oberstleutnant Sichting als Vertreter des wehrpolitischen Amtes der NSDAP. die feierliche Weihe der Gedenkhalle für die abgetrennten Gebiete im Kuppelraum des Denkmals auf dem Kyffhäuser statt.

Der Bundesführer des Kyffhäuserbundes, General der Infanterie a. D. von Horn, sandte an dieser durch die Tradition geheiligten Stätte folgenden Ruf an alle Brüder und Kameraden in den abgetrennten Gebieten:

„In der Weihetunde der Gedenkstätte für die abgetrennten Gebiete auf dem Kyffhäuser sendet der Kyffhäuserbund an alle Deutschen, die der Fluchspruch von Versailles vom Mutterland trennt, die herzlichsten Treuegrüße innerster Volksverbundenheit. Wir grüßen insbesondere euch Kameraden aus dem großen Krieg, die ihr rings um unsere Grenzen in der vordersten Kampffront des deutschen Geistes steht. Wir grüßen euch aus dem neuen Deutschland, das unter Schwarz-weiß-rot und Hakenkreuz einig wurde wie 1914. Wir bitten euch, mitzukämpfen gegen die Verleumdung unseres Volkes und unserer Regierung. Rein in Ehre und Wehr steht Deutschland.“

## Annaberg-Feier.

Die 12. Wiederkehr des Tages der Errichtung des Annaberges in Oberschlesien durch die deutschen Selbstschutzverbände wurde am Sonntag mit einer gewaltigen Kundgebung gefeiert, an der 10 000 SA-Leute beteiligt waren.

## Ausänderung der „Germania“

Bei der „Germania“, dem bekannten Berliner Zeitungsblatt, stehen — der „Voss. Zeitg.“ aufgegangen — wichtige Veränderungen bevor. Hauptaktionär dieses Unternehmens ist seit einigen Jahren Herr von Papen, der sich aber von der Geschäftsführung und der Politik des Blattes seit Übernahme eines Regierungsmannes völlig fern gehalten hat. Jetzt sollen Verhandlungen im Gange sein, um den Aktienanteil des Befehlshabers von Papen an Baron von Twickel zu übertragen, der ihm politisch nahesteht. Wenn auch die Preußensassen-Aktion der „Germania“ auf Baron von Twickel übergehen, wäre eine sichere Mehrheit vorhanden. Der Kurs des Blattes, das bisher getreu seiner über ein halbes Jahrhundert alten Tradition Biel und Programm des Zentrums vertreten hat, dürfte in Zukunft in einer katholisch-konservativen Richtung liegen. Von der Zentrumspartei würde dann die „Germania“ losgelöst. Der jetzige Redaktion des Blattes ist in diesen Tagen gekündigt worden.

## Jüdische Petitionen an den Völkerbund.

Wie das „Journal de Genève“ mitteilt, hat eine jüdische Delegation dem Direktor der Minderheitenabteilung des Völkerbundsekretariats eine Petition überreicht, die sich gegen die Deutsche Regierung und gegen Verwaltungsmaßnahmen wendet, durch die das deutsche Judentum zurückgesetzt ist.

Ein jüdischer Vertreter aus Oberschlesien überreichte ferner eine weitere Petition, die sich in ihrer Begründung auf Artikel 47 der Genfer Konvention stützt. Es wird behauptet, Deutschland habe diese Konvention durch die Behandlung des Judentums verletzt.

Von deutscher Seite wird dazu bemerkt, daß eine Aktivlegitimation der jüdischen Beschwerdesteller um so weniger gegeben sei, als sich die Juden in Deutschland nicht als nationale Minderheit betrachten.

Auch der jüdische Sejmklub in Warschau scheint seine in Sachen der Deutschen jüdischen Glaubens in Deutsch-Oberschlesien eingebaute Beschwerde an den Völkerbund nicht mehr ernst zu nehmen. Der zionistische „Nasz Przeglad“ bezeichnet diese Beschwerde heute schon ganz anders, nämlich als „Petition“, und sowohl der jüdische Sejmklub wie auch das gleichfalls für diese Petition verantwortliche sogenannte „Vereinigte Jüdische Komitee zum Kampf gegen die Judenverfolgungen in Deutschland“ verzichten darauf, einen Delegierten nach Genf zu entsenden, um ihre Petition an den Völkerbund dort durch persönliche Interventionen zu unterstützen. Sie haben — wie wir über die „Nasz Przeglad“ erfahren — den nach Genf gereisten außenpolitischen Leiter des „Nasz Przeglad“, Nathan Schwabe, beauftragt, neben seiner Genfer Berichterstattertätigkeit auch für die jüdische Petition einzutreten.

## Antisemitische Ausschreitungen in Wolhynien.

Aus Luck werden antisemitische Ausschreitungen in mehreren Orten Wolhyniens gemeldet. In Rzeszowka veranstaltete ukrainische Jugend einen antisemitischen Umzug und schlug in mehreren jüdischen Häusern und Läden die Fensterscheiben ein. Die Polizei sah sich zum Einschreiten gezwungen und hat drei der Demonstranten in Haft genommen. In der benachbarten Kleinstadt Stryj wurde es gelegentlich einer antisemitischen Kundgebung ukrainischer Jugend zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen Ukrainern und Juden, bei dem es auf beiden Seiten durch Stockschläge zahlreiche Verwundete gab. Die Polizei griff ein und trieb die Kämpfer auseinander.

In Warschau wurde dieser Tage einer der Redakteure des zionistischen „Nasz Przeglad“, ein gewisser Samuel Hirschhorn, auf offener Straße von einem Nationaldemokraten angegriffen und durchgeprügelt. Hirschhorn hatte vor wenigen Tagen einen Aufsatz veröffentlicht, in welchem er behauptet hatte, daß alle großen Männer Polens einschließlich Mickiewicz und Slowacki von Juden abstammen und daß auch der gegenwärtige päpstliche Nunzio in Warschau, Marmaggi, von Hans aus Inde sei.

## Vollständige Strafgesetze im Reich als erster Schritt zur Strafrechts-Reform.

In Deutschland ist bekanntlich geplant, die Strafrechtsreform demnächst wieder aufzunehmen und zunächst bald zur Entscheidung zu bringen. Hierzu bedarf es jedoch einer gründlichen Bearbeitung der vorliegenden Entwürfe. Diese Arbeiten werden eine geraume Zeit in Anspruch nehmen, so daß mit der Verabschiedung vor Jahresfrist kaum gerechnet werden kann. Aus diesem Grunde hat die Reichsregierung, wie bereits gemeldet, vor wenigen Tagen ein Gesetz zur Änderung strafrechtlicher Vorschriften verabschiedet. In dem Gesetz werden folgende Strafbestimmungen abgeändert:

### 1. Verhängung und Vollzug der Festungshaft.

Das Reichskabinett hat beschlossen, die Festungshaft in ihrer bisherigen Form als „custodia honesta“ ohne Arbeitspflicht bestehen zu lassen, aber ihr Anwendungsbereich so einzuschränken, daß Rechtsbrecher, bei denen eine Arbeitspflicht erforderlich erscheinen könnte, nicht mehr in die Festungshaft gelangen. Diese Strafarrest muß solchen Rechtsbrechern vorbehalten bleiben, die ausschließlich aus ehrenwerten Beweggründen gehandelt haben, und deren Tat auch keine Schädigung des Volkswohles zur Folge gehabt hat.

### 2. Internationales Abkommen zur Bekämpfung der Falschmünzerei.

Das internationale Abkommen zur Bekämpfung der Falschmünzerei vom 20. April 1929 soll nunmehr ratifiziert werden. Die Ratifikation setzt die Änderung einer Strafbestimmung des Strafgesetzbuches voraus.

### 3. Reichsverweisung straffälliger Ausländer.

Der Verweisung straffälliger und gemeingeschädlicher Ausländer war bisher nur zulässig, wenn gegen den Verurteilten auf Zulässigkeit von Polizeiauflauf oder auf Überweisung an die Landespolizeibehörde erkannt ist, was nur bei bestimmten strafbaren Handlungen zulässig war, oder wenn die Verurteilung wegen Glücksspiels oder einiger anderer Straftaten erfolgt ist. Nunmehr ist die Möglichkeit eröffnet, bei Verurteilungen von Ausländern zu Freiheitsstrafen von mindestens drei Monaten die Reichsverweisung für zulässig zu erklären.

### 4. Ausspähnung diplomatischer Staatsgeheimnisse.

Das Gesetz füllt hiermit eine Lücke der Vorschriften gegen den Landesverrat aus. Die Ausspähnung von Staatsgeheimnissen ist bisher, soweit sie sich auf echte militärische Geheimnisse und auf falsche militärische oder diplomatische Geheimnisse bezieht, unter Strafe gestellt. Dagegen fehlte bisher eine Strafvorschrift gegen die Ausspähung echter diplomatischer Geheimnisse. Diese Lücke ist nunmehr ausgefüllt worden.

### 5. Tierquälerei.

Da die bisherige Strafvorschrift zur Bekämpfung der Tierquälerei nicht ausreichte, erweitert das Gesetz den Tatbestand der Tierquälerei und droht für die Zukunft Gefangen bis zu sechs Monaten oder Geldstrafe bis zu 10 000 Reichsmark an.

### 6. Falsche Anschuldigung.

Das Denunziatentum hat in abstoßender Weise überhand genommen. Trotz wiederholter Warnungen zeigt sich dieser Missstand allenthalben. In Abwehr dieser Entscheidung hat sich das bayerische Gesamtministerium als Landesregierung zum Erlaß eines Notgesetzes zur Bekämpfung des Angeberstums veranlaßt gesehen. Das Gesetz der Reichsregierung geht noch über die bayerischen Vorschriften hinaus, indem es auch unware Behauptungen tatsächlicher Art mit einbezieht, die geeignet sind, ein behördliches Vorgehen gegen den Bezeichneten zu veranlassen und fortzudauern zu lassen. Ein solcher Denunziant wird mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft. Ebenso wird bestraft, wer über einen anderen wider besseres Wissen eine Behauptung tatsächlicher Art aufstellt, die geeignet ist, ein behördliches Verfahren oder andere be-

hördliche Maßnahmen gegen ihn heranzuführen. Ist die Tat in der Absicht begangen, sich oder einem Dritten Vorteil zu verschaffen, so ist die Strafe: Gefängnis nicht unter drei Monaten. Auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden. Ist die falsche Anschuldigung nicht wider besseres Wissen, aber vorsätzlich oder leichtfertig begangen, so ist die Strafe: Gefängnis bis zu einem Jahr oder Geldstrafe.

### 7. Zweikampf.

Der Zweikampf mit Schlägern unter Vorkehrungen, die bestimmt und geeignet sind, gegen Lebensgefahr zu schützen, sowie die Herausforderung zu einem solchen Zweikampf und deren Annahme sind straflos.

### 8. Körperverleihung an Kindern, Jugendlichen oder Wehrlosen.

Die Mißhandlung von Kindern, Jugendlichen oder Wehrlosen haben in letzter Zeit an Zahl wie an Roheit merklich zugenommen. Die bisherigen Vorschriften reichten nicht aus, um gegen derartige Roheiten scharf vorzugehen. Das neue Gesetz sieht daher vor, daß Personen, die Kinder, Jugendliche oder Wehrlose, die ihrer Fürsorge oder Obhut unterstehen, quälen, roh mißhandeln oder höfwillig an der Gesundheit schädigen, mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft werden. In besonders schweren Fällen kann auf Buchthaus bis zu fünf Jahren erkannt werden.

### 9. Einwilligung zur Körperverleihung.

Wer eine Körperverleihung mit Einwilligung des Verletzten vornimmt, handelt nur dann rechtswidrig, wenn die Tat trotz der Einwilligung gegen die guten Sitten verstößt. Diese Bestimmung hat besondere Bedeutung für die Frage der strafrechtlichen Behandlung der eugenisch oder sozial indizierten Sterilisation. Diese soll bei Einwilligung der Betroffenen nicht strafbar sein, wenn ihre Vornahme mit dem Anstandsgefühl in Einklang steht.

### 10. Betrug und Untreue.

Nach den Erfahrungen, wie sie vor allem in auffallend erregenden Strafsachen gewonnen worden sind, bietet das bisherige Recht nicht durchweg die erforderliche Handhabe, um das Schieberium und die Korruption strafrechtlich mit dem gebotenen Nachdruck zu bekämpfen. Gemeingeschädliche Schädlinge konnten nicht mit einer so harten Strafe bestraft werden, wie sie dem Rechtsempfinden der Allgemeinheit entsprochen hätte. Einzelne Fälle strafwürdiger Untrechandlungen mußten straflos bleiben, weil es an der gesetzlichen Grundlage für eine Bestrafung fehlte. Diesen Fällen hilft das neue Gesetz nunmehr ab. Es stellt einen allgemeinen Tatbegriff der Untreue auf, der geeignet ist, die Fälle der strafwürdigen Vermögensschädigung mittels Tresbruchs möglichst lückenlos zu erfassen. Es führt weiter für Betrugsfälle bei Gesellschaften mit beschränkter Haftspflicht eine neue Strafbestimmung ein. Endlich führt der Entwurf die erforderliche Verschärfung der Strafandrohung dadurch herbei, daß er für verschiedene Fälle des Betruges und der Untreue Buchthausstrafen bis zu zehn Jahren vorseht.

### 11. Wappenschutz.

Das Gesetz sorgt für den erforderlichen Wappenschutz und erstreckt sich auf die Wappen des Reiches und der Länder als Ganzes und außerdem auf den Reichs- und die entsprechenden Teile der Länderwappen als wesentliche Bestandteile dieser Wappen. Der unbefugte Gebrauch einer Dienstflagge des Reiches oder eines Landes ist dem unbefugten Wappengebrauch gleichgestellt.

Das Gesetz sieht weiter Änderungen vor über die bestehenden Strafbestimmungen wegen 13. Tierschutz, 14. öffentlicher Aufforderung zur Unzucht, 15. Ausübung der Prostitution an verbotenen Orten.

Das Gesetz zur Änderung strafrechtlicher Vorschriften tritt am 1. Juni 1933 in Kraft.

„Der Tatbestand ist nicht dringend...“

Von der Justizpressestelle Königsberg wird mitgeteilt: In der Strafsache gegen von Hippel und Genossen wegen

## Danzig oder Wien?

Welches sind die nächsten  
außenpolitischen Ziele Hitlers?

Unter dem bezeichnenden Titel „Kampf des Hitler-Nationalismus mit der preußischen Reaktion“ äußert der Warschauer „Kurier Poranny“, bekanntlich ein besonders deutschfeindliches Organ des Regierungsklubs, in einer Berliner Korrespondenz seine Vermutungen über Hitlers nächsten außenpolitische Ziele. Es heißt in diesem Aufsatz u. a.:

„Als Adolf Hitler, Österreicher und Katholik, in den ersten März-Tagen dieses Jahres die ihm zur Verfügung stehenden Massen zum letzten Wahlkampf entsandte mit dem Gedanken, Preußen-Deutschland vollständig unter seine Herrschaft zu bringen, glaubte er sicher, daß er nach Erlangung dieses Ziels ohne besondere Kraftanwendung sein kleineres Vaterland Österreich erobern werde. Allerdings war er sich darüber klar, daß er bei dieser seiner Absicht auf zahlreiche diplomatische Hindernisse stoßen würde. Indessen weder Hitler noch seine nächsten Mitarbeiter zweifelten daran, daß die Vereinigung beider deutschen Staaten zwar nicht die jure, wohl aber der facto durch das Erstarken des Nationalismus in Österreich selbst erfolgen würde. Man kann nicht sagen, daß alle Elemente der nationalen Revolution Adolf Hitler in diesem Punkte unterstützen haben. Ramentlich der alte preußische Nationalismus, der es Hitler erleichtert hat, zur Macht zu gelangen, hielt sicherlich nicht die Anschlußfrage für das wichtigste und nächste Ziel der Regierung. Die preußischen Elemente im Lager der nationalen Revolution sagten sich nämlich, daß die Angliederung Österreichs, das mit seinen fast sieben Millionen Katholiken den Norddeutschen fremd war, in dem so vergrößerten Dritten Reich die südlichen und westlichen Einflüsse stärken dürfte, wodurch die traditionellen preußischen Aufgaben im Osten beeinträchtigt werden müssten. Niemals ist denn auch in den Blättern des preußischen Nationalismus mit solcher Verbissenheit gegen Polen aufgetreten worden wie in der ersten Zeit der Hitlerischen Regierung. (Das ist eine freierfundene Lüge! D. R.) Dem Anschluß mit Österreich suchte der nationalistische Gedanke bewußt Danzig gegenüber zu stellen als das wichtigste Objekt des internationalen Interesses der Regierung der siegreichen nationalen Revolution. Hitler hat tatsächlich seine Scharen angewiesen, die Macht in Danzig zu erlangen, damit der Prozeß der Gleichschaltung auch auf dem kleinen Gebiet der Freien Stadt durchgeführt würde. Ob er bei diesem Befehl den politischen Suggestionen des preußischen Nationalismus unterlegen ist, oder ob es ihm nur darum zu tun war, die politische Macht in Danzig zu erlangen, ohne daraus die internationales Konsequenzen zu ziehen, d. h. mit anderen Worten: ob er seiner ersten grundähnlichen Idee treu geblieben ist, nämlich beide deutsche Staaten zu einem Organismus zu verbinden, weiß man nicht. Wenn der alte preußische Nationalismus die Kraft besaß, die er noch während der Weimarer Republik besaß, dann könnte man der Ansicht sein, daß er es vermöchte, dem Hitlerum das Fundament in Wien — Danzig aufzuerlegen. Aber das ist heute nicht mehr möglich. Die alten Positionen der preußischen Reaktion sind durch den jungen Nationalismus mühelos eingenommen worden. Und nachdem der Stahlhelm, die stärkste Befestigung des preußischen Nationalismus, sich Hitler unterworfen hat, kann man diesen Kampf als beendet ansehen. Hitler ist der Herr der Lage und kann diejenige internationale Politik machen, die er für die Zukunft des deutschen Volkes für die beste hält!“

Nur weil er sich darüber klar war, konnte Hitler am 2. Mai dem Gesandten Wysocki die bekannte Erklärung abgeben. Nur weil er sicher war, daß niemand eine Kritik an seinem Verhalten üben könnte, konnte er den Danziger Hitler-Leuten erlauben, die bekannten Erklärungen bezüglich Polens abzugeben. Unter dem gleichen Gesichtspunkte muß man auch alle Abschnitte der Mittwochrede des Reichskanzlers, die sich auf Polen bezogen, erklären. Der Verzicht auf den preußischen Grundfaß der Germanisierung — um die Worte Hitlers anzuwenden, — der Verzicht auf das Produkt der Mentalität des verschwundenen Jahrhunderts, die Feststellung, daß Polen ebenso wie Frankreich Deutschlands Nachbarn sind und daß keine geschichtliche Evolution, die man sich vorstellen kann, diese Tatsache ändern kann — das alles scheint dafür zu zeigen, daß der neue, erst im Entstehen begriffene deutsche Nationalismus neue Wege der Evolution sucht, die von denen abweichen, die der alte preußische Nationalismus ging.

In der letzten Rede des Kanzlers war von Österreich mit keinem Wort die Rede. Dieses Verschweigen ist nicht eine Sache des Zufalls und ist auch nicht nach fehlgeschlagenen Versuchen der Ausdruck diplomatischer Vorsicht. Das Problem Österreich ist für den österreichischen und Reichskanzler in seiner Person innerlich vorweggenommen. Das Problem Österreich ist für ihn ein deutsches Problem, von dem er dann nicht sprechen will, wenn er den ganzen Komplex der außenpolitischen Fragen des Reiches ansiedelt. Aus diesem Komplex schiedet er die Frage Österreichs aus, weil sie zu den Familienfragen gehört. Nicht Danzig und auch nicht Polen, sondern vielmehr Wien und Österreich vereinigen auf sich, zum mindesten im jetzigen Zeitpunkt, die Hauptausprägung des Führers des neuen deutschen Nationalismus. Man muß sich dies alles vergegenwärtigen, es darf aber auch nicht einmal für kurze Zeit vergessen werden, daß diese neue Art des Nationalismus sich noch nicht endgültig kristallisiert hat, sondern sich noch „in statu nascendi“, d. h. im Zustande des Werdens, befindet. Es kann sein, daß schon die nächste Zukunft zeigen wird, ob und in welcher Weise der altpreußische Geist dem Dritten Reich seine traditionelle Auslandspolitik aufzulegen im Stande sein wird.“ \*

### Ein Gegenstück zu diesem polnischen Artikel

entdecken wir überraschender Weise im Leitartikel der Sonntagsausgabe der „Kölner Zeitung“, also an hervorragender Stelle. Der Verfasser dieses Aufsatzes sieht gleichfalls die historische Bedeutung der Kanzlerrede darin, daß sie der deutschen Außenpolitik gewisse ganz neue Grundlagen schafft. Er schreibt dann wörtlich:

„Wir gehen so weit, zu sagen, daß die Rede eine Wendung in der deutschen außenpolitischen Politik einleitet. Sie wischt erheblich gesessene Ideologien aus, setzt neue, bessere an deren Stelle. Hitler will Innenpolitik und Außenpolitik nach ein und demselben Prinzip betreiben. „Unser Nationalsozialismus ist ein Prinzip, das uns als Weltanschauung grundsätzlich allgemein verpflichtet.“

Iudem wir in grenzenloser Liebe und Treue an unsern eignen Volkstum hängen, respektieren wir die nationalen Rechte auch der andern Völker und möchten aus tiefinnerstem Herzen in Frieden und Freundschaft mit ihnen leben.“ Im Anschluß an diese Feststellung betonte Hitler, daß daher der Nationalsozialismus auch nicht den Begriff des Germanisierens kenne und daß er die europäischen Nationen um uns als gegebene Tatsache anschehe. Da der Reichskanzler in diesem Zusammenhang ausdrücklich Polen erwähnte und später hinzufügte, kein Staat könne mehr Verständnis haben für die neu entstandenen jungen europäischen Nationalstaaten und ihre Lebensbedürfnisse als das Deutschland der aus den gleichen Trieben entstandenen nationalen Revolution, liegt es nahe, diese Wendungen auch in bezug auf die Ostpolitik Deutschlands zu betrachten.

Es kann, wenn man die Worte des Reichskanzlers genau wägt, kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß er der Lehre von der „Notwendigkeit“ eines deutschen Dranges nach dem Osten eine Absage ertheilt. Man weiß, daß diese „Notwendigkeit“ Jahrzehnte hindurch von einem Teil des deutschen Volkes vertreten wurde und daß eine nicht geringe Zahl von beamteten und privaten Historikern einem Drang nach Osten als die einzige Bewegungsmöglichkeit deutscher Politik bezeichnete. Der Drang nach Osten, so sagte man, sei „deutsche Tradition“. Dabei hatte aber der deutsche Vormarsch mit dem Zusammenbruch des Deutschen Ritterordens eigentlich vollkommen aufgehört, und zwischen dem letzten deutschen Vorstoß nach Osten liegen gut 500 Jahre. Diese Tradition des Vordringens, so sagten jene Dränger, gelte es jetzt wieder aufzunehmen, besonders da die Bevölkerungszahl Deutschlands sich ständig erhöhe und für den Zuwachs Raum geschaffen werden müsse, zumal Deutschland seine Kolonien geraubt seien und andere Staaten den Bevölkerungsüberschuss Deutschlands nicht aufnehmen könnten oder wollten. Der Reichskanzler aber befandt als „deutscher Nationalsozialist und im Namen der nationalen Regierung und der gesamten nationalen Erhebung, daß gerade uns und dieses junge Deutschland das tiefste Verständnis besaß für das gleiche Gefühl für die begründeten Lebensansprüche der andern Völker“. Nimmt man in diesem Zusammenhang hinzu, was der Reichskanzler über den siegreichen Durchbruch des nationalen Gedankens und des Nationalitätenprinzips im Laufe des vergangenen Jahrhunderts aussagte und daß er betonte, „die territoriale Neugestaltung Europas unter Berücksichtigung der wirklichen Volksgrenzen wäre geschichtlich jene Lösung gewesen, die mit dem Blick in die Zukunft vielleicht für Sieger und Besiegte die blutigen Opfer des großen Krieges als doch nicht ganz vergeblich hätten erscheinen lassen“; fügt man ferner hinzu, daß der Kanzler hervorhob, „kein neuer europäischer Krieg wäre in der Lage, an die Stelle der unbefriedigenden Zustände von heute etwas Besseres zu setzen“, so liegen auch hierin Beweise für die Absage der nationalen Regierung an einen Drang nach Osten, wie ihn jene erwähnten Historiker und Arch-Historiker gepredigt haben. Diese Kreise mögen ob der realpolitischen Einstellung des deutschen Kanzlers vielleicht enttäuscht sein.

Wir unsreits, — so heißt es dann in dem Aufsatz der „Kölner Zeitung“ weiter — die wir jener These niemals nachgegangen haben, sondern bei der Beurteilung des Verhältnisses Deutschlands vornehmlich zu Polen, aber auch zu den neu entstandenen baltischen Staaten von realpolitischen Erwägungen und von der Anerkennung der „begründeten Lebensansprüche“ anderer Völker ausgingen, freuen

uns, daß der autoritäre Führer des neuen Deutschlands die Richtigkeit unseres Urteils bestätigt, und sind ihm dafür dankbar. Der Reichskanzler hat durch diese seine Ausführungen eine Wendung in der Ideologie deutscher Ostpolitik (oder was sich dafür ausgab) vollzogen; er hat eine irregelrechte Epoche deutscher sogenannter Raumpolitik abgeschlossen und sich aus seiner Auffassung als deutscher Nationalsozialist heraus zu dem neuen, durch die Verschärfung in Versailles allerdings noch nicht klar und gerecht zum Ausdruck gekommenen Gedanken neuer Staatsbildung bekannt.

„Es sei hier angefügt, — bemerkt das rheinische Blatt am Schluss — daß auch in Polen eine These von der „Notwendigkeit“ des Dranges nach Osten verfochten wird. Hauptträger dieser These war niemand anders als der Marschall Piłsudski. Nicht nur, um die Selbständigkeit Polens zu eringen, war er mit seinen Legionen auf der Seite der Mittelmächte in den Krieg gegen das zaristische Russland eingetreten. Sein Vormarsch gegen die Ukraine, der allerdings gescheitert ist, war der Ausdruck eben jenes polnischen Dranges nach dem Osten. Aber Piłsudski selbst hat diese nationale Stoßrichtung liquidiert: der Richtungsgriffsvertrag, den Polen vor kurzem mit dem Rätebund abgeschlossen hat, stellt nichts andres dar als die Anerkennung der Tatsache, daß in dem Drang nach Osten ein Stillstand eingetreten ist, weil der Rätebund machtpolitisch wieder festgestellt und damit der polnische Drang nach Osten unmöglich geworden ist. Auch Polen ist seinem westlichen Nachbar gegenüber machtpolitisch gefestigt, und Hitler zieht in Anerkennung nicht nur dieser Tatsache, sondern aus den oben dargelegten weltanschaulichen Gründen für Deutschland lediglich die Folgerung daran. Ist das ein Opfer, ist das ein Verzicht? Wir glauben, die Dränger nach dem Osten verzichten nur auf Illusionen, auf nichts weiter. Gegenüber einem nebelhaften Kraftmeiertum zeigt Hitler Klarheit des Urteils über raumpolitische Möglichkeiten, und der Umstand, daß er diese seine Auffassung über die „begründeten Lebensansprüche“ der andern Völker darlegen konnte, ohne Widerspruch zu finden, beweist nicht nur die Stärke seiner Stellung, sondern auch seinen Willen, seine Auffassung durchzusetzen.“ \*

Vielleicht erklärt sich dieser Mangel, wenigstens eines inneren „Widerspruchs“ ausschließlich aus der Tatsache, daß andere Beobachter (vom „Kurier Poranny“ abgesehen!) die Auffassung der „Kölnerischen Zeitung“ über den tieferen Sinn der ostpolnischen Thesen der Kanzler-Rede doch nicht in vollem Ausmaß zu teilen vermögen.

Das Schlagwort vom „Drang nach dem Osten“ ist eine polnische Erfindung, über die man auch im negativen Sinn niemals schreiben sollte, ohne die deutsche Mission im Osten zu vergessen. Das „Kraftmeiertum“ in der um unsere Breiten ringenden Ostpolitik wurde im letzten Jahrzehnt ausschließlich von polnischer Seite ausgebracht. Früher — wir denken an die Zeit des praktisch harmlosen, aber gefährlich aufgemachten Enteignungs-Gesetzes zurück — waren freilich, im Gegensatz zu den vielgeschmähten preußischen Junkern, die „Nationalliberalen vom Rhein“ an dieser forschen Linie beteiligt. Damals wie heute kann man nur mit genauer Kenntnis und gutem Empathievermögen in die Entwicklung unserer raumpolitischen Verhältnisse den Sterndeuter und Wegweiser spielen.

## Die Eröffnung der Berliner Wanderausstellung der D.L.G.

Auf dem mit Wimpeln, Fahnen und Blumen festlich geschmückten Ausstellungsspiel, der, bis auf den letzten Hammerstag fertig, der Eröffnung harrete, herrschte am Sonnabend, dem 20. d. M., bereits seit dem frühen Morgen reges Leben und Treiben. Um 12 Uhr mittags stand dann im Großen Ring die Eröffnungsfeier statt, an welcher Reichspräsident von Hindenburg, umgeben von einer großen Zahl von Vertretern der Reichsbehörden, der Reichswehr, der Staatsregierungen, der Polizei und der städtischen Behörden, der Landwirtschaftlichen und verwandten Körperschaften, der Vertretungen auswärtiger Staaten usw., teilnahm.

Nachdem ein Musikkorps die Feier eingeleitet hatte, entbot Herr von Oppen-Dannenwalde als Vizepräsident des Gaues 3 (Brandenburg, Pommern, Grenzmark Posen/Westpreußen) dem Reichspräsidenten sowie den Vertretern aller Behörden und anderen Körperschaften den Willkommengruß der deutschen Landwirtschaft. Der ostdeutsche Bauer jeder Besitzgröße sei harte Arbeit auf armer Scholle gewohnt, und daher seien bei den Ostmärkern die Bande von Blut zu Boden besonders stark. Sie empfanden es als höchste Ehrenpflicht, mit aller Kraft jene Scholle festzuhalten, die von den Vorfahren überliefert wurde. Um so tiefer müßten in diesem Bauernland Kummer und Verzweiflung einziehen, als sich zeigte, daß viele tausende von Wirklichkeiten der Not der Zeit nicht standhalten könnten. Erst die Regierung der nationalen Erhebung habe neue Hoffnung geschaffen. Jeder fühle, daß Retter und Rettung nahe. Daher sei die heile Liebe des deutschen Landmannes zu dem Führer und Reichskanzler Adolf Hitler, von dem er sich nimmermehr trennen lassen wolle. Die Ausstellung hieße ein Bild von dem ungebrochenen Selbstbehauptungswillen des deutschen Bauernthums. Alle fühlten das Anbrechen einer neuen Zeit, einer Zeit, bei der der deutsche Mensch im Zentrum aller Erwägungen zu stehen habe. Mit dem Wunsche, daß von der Ausstellung ein breiter Strom der Kraft und des Lebens in alle Gauen des deutschen Vaterlandes ausgehe, erklärte er die Ausstellung für eröffnet.

Im Namen von Groß-Berlin überbrachte sodann Oberbürgermeister Dr. Sahm die Grüße und Wünsche der Stadt Berlin. Nach 27 Jahren werde die Reichsstadt wieder in Berlins Mauern abgehalten, und heute könnten die Landwirte, Bauern und Städter feststellen, daß auch in Berlin keine Asphaltluft mehr wehe, sondern reine deutsche Luft. Dank der Initiative und dem inneren Wesen der neuen nationalen Regierung unter Führung des Reichskanzlers Adolf Hitler stehen heute Stadt und Land in engster Verbundenheit. Diese so dringend notwendige Gemeinschaft treift sichtbar und lebendig durch diese große Ausstellung in Erziehung. Der Oberbürgermeister der Reichshauptstadt gedachte des Mannes, der im Jahre 1882 den Grundstein zur Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft und zu den Wanderausstellungen gelegt hatte, Max Eyth, der in seinen Lebenserinnerungen „Im Sturm der Zeit“ ein kostbares Erbe hinterlassen habe. Als er dann nach Monaten unablässiger energiegefüllter und begeisterter Arbeit die Zahl der Mitglieder, die er sich vorgenommen hatte, bis auf das Doppelte gebracht hatte, so schrieb er von sich mit Stolz: „Es ist mir dies gelungen mit dem Mut des Glaubens, der darauf baut, daß ihm zu seiner Zeit gegeben werde, was er zu verkünden habe.“ In Dankbarkeit bat ihm die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft in Berlin ein Denkmal gesetzt. Noch schöner sei das Denkmal, das ihm heute hier durch diese Ausstellung errichtet werde. Möge sie die Anerkennung finden und weiter ein Lebenselement bleibet, das Stadt und Land miteinander festet zum Wohle der deutschen Landwirtschaft, zum Wohle der deutschen Volkswirtschaft und zum Wohle des deutschen Reiches.

Darauf ergriff der Führer des gesamten deutschen Bauertums, Dr. Walter Darre, das Wort; er läßte aus: Max Eyth, der Gründer der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft, sei einer der ersten Vorläufer für ein gelehrtes Bauernthum gewesen. Er, der Techniker, der dem im Boden fest verwurzelten Schwabenvolk entstammte, erkannte frühzeitig die Bedeutung des technischen Fortschritts für den Bauern. Die städtische Bevölkerung, die man gerade in der Reichshauptstadt in großer Zahl zu degrauen hoffe, solle, wenn sie die Jahresbau der deutschen Bauernarbeit betrachte, zweierlei bedenken. Was hier zu sehen sei, sei ein Beispiel für nur Spuren erzeugnisse. Das würde dem Sinn der ganzen Arbeit der D.L.G. widersprechen. Dieser gehe darauf hinaus,

nicht einzelne Glanzleistungen hervorzubringen, sondern eine gute gleichmäßige marktfähige Ware für die Versorgung der städtischen Verbraucher bereitzustellen. Aus allem, was hier an Erzeugnissen zu sehen sei, könne leicht die Ansicht aufspringen, daß es dem deutschen Bauern nicht so schlecht gehe. Dem sei aber nicht so. Wenn der deutsche Bauer trotzdem weiter gearbeitet habe, so in der Hoffnung, daß die Schwierigkeiten überwunden werden könnten. Der 20. Januar habe die Richtigkeit dieser Hoffnung erkennen lassen.

Als dann ergriff der Reichsminister für Ernährung und Wirtschaft Dr. Hugenberg das Wort: „Was jetzt in Frage steht, ist die Wiederherstellung der Lebensgrundlage des deutschen Bauern und damit der deutschen Wirtschaft. Heute glaube ich sagen zu dürfen: Die Entwicklung der letzten Monate hat es bewiesen: Wir sind auf dem richtigen Wege zum Ziel. Aber vorweg noch eins: Das was wir in dieser Ausstellung sehen, ist das Bild eines ungeheuren Fortschritts. Doch wir wissen zugleich, daß diesem fast beispiellosen Aufstiege der Arbeit ein fast ebenso beispielloses Abstiegs in den Lebensbedingungen der deutschen Landwirtschaft gegenübersteht. Ich möchte Ihnen zeigen, daß dieser verhängnisvolle Irrgang mit dem Antritt der nationalen Regierung verlassen ist. Beim Antritt der neuen Regierung bestand folgende agrarwirtschaftliche Lage: Auf der einen Seite mußten wir Getreide künstlich stützen, weil zu viel davon da war, auf der anderen Seite wurde die deutsche Versorgung zu dreiviertel aus Auslandsware gedeckt. Der Grund zu dieser Febsproduktion lag in jener falschen Politik, die nicht erkannt, daß alle Produktionsstufen der Landwirtschaft in einem inneren Zusammenhang mit einander stehen. Man hatte die Getreidepreise wirksam vom Weltmarkt abgesetzt; dagegen blieb die ganze deutsche Veredelungs- und Futtermittelherstellung der verhindernden Wirkung der Weltmarktpreise ausgesetzt. Das gefährdete auch die Getreidepreise auf das höchste. Auch der deutsche Verbraucher wird, wenn er nur etwas Geduld hat, bald erkennen, welcher Segen von einem gesunden Binnenmarkt ausgeht. Man braucht nur die Ausstellung zu sehen, um zu erkennen, welche Möglichkeiten sich auch für die Industrie bieten. Die Landwirtschaft weiß jetzt, in welcher Richtung sie sich zu betätigen hat. Selbstverständlich — das braucht ich in Ihrem Kreise nicht zu sagen — ist die Preisbildung nicht das einzige Mittel zur Förderung der Landwirtschaft. Daneben steht die Notwendigkeit der Ausgabenlenkung und die organische Gestaltung des Absatzwesens. Ich bin der Ansicht, daß man für die Zukunft eine weitere Verschärfung der Landwirtschaft verhindern und die vorhandene allmählich abbauen muß. Der Zins der Landwirtschaft muß, wie es auch früher der Fall war, niedriger sein, als der Zins in den übrigen Wirtschaftszweigen. Der entschlossene Wille der Regierung, die Rettung des Bauern durchzuführen, bedarf einer geschlossenen Unterstützung. Wenn wir von dieser Ausstellung heimkehren, so tun wir es mit dem Vorsicht hoffnungsvoller Arbeit.“

Als dann ergriff Gouverneur a. D. Exzellenz Dr. Schnee das Wort: Die Kolonialausstellung, die von der Kolonialen Reichsarbeitsgemeinschaft im Rahmen der Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft veranstaltet wird, solle die Lebensnotwendigkeit eigenen deutschen Kolonialbesitzes vor Augen führen. Das deutsche Volk bedarf der Erweiterung seines zu engen Lebensraumes durch überseeische Besitzungen, welche Kolonial-Rohstoffliefern, Abfallprodukte für die heimische Industrie darstellen und Raum bieten für deutsche Siedlung. Die Ausstellung solle dazu beitragen, die Erkenntnis von der Notwendigkeit eigenen deutschen Kolonialbesitzes zu verbreiten und insbesondere auch den deutschen Landwirten die Überzeugung verschaffen, daß Kolonien ebenso in ihrem Interesse steigen wie in dem des deutschen Volkes überhaupt.

Im Namen des Vorstandes der D.L.G. sprach darauf General-Landesrepräsentant Dr. h. c. von Westly, allen beteiligten Kreisen der Stadt Berlin, die als Gastgeberin die D.L.G. und die Landwirte aller deutschen Gauen so freundlich aufgenommen habe.

Im Anschluß daran fand ein kurzer Rundgang durch die wichtigsten Abteilungen der Ausstellung statt.

# Wirtschaftliche Rundschau.

## Die Richtlinien der Wirtschaft Polens.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Wie wir bereits gestern berichteten, wurde der dreitägige Wirtschaftskongress in Warschau in einer Plenarsitzung zum Abschluß gebracht, in welcher die Vorsitzenden der fünf eingestellten Kommissionen in synthetischen Zusammenfassungen die Arbeitsergebnisse dieser Kommissionen darstellten.

### Technik über das Agrarproblem.

In seinem Bericht über die Arbeiten der Agrarkommission sagte Abg. Felicjan Lechnicki, daß das Hauptproblem, mit dem sich die Kommission beschäftigte, die Durchführung einer planmäßigen Aktion zwecks Anpassung der agrarischen Arbeitsstätten an die neue Marktlage und die ausgebürgerte Auswertung der natürlichen und wirtschaftlichen Bedingungen war. Die Festlegung eines Programms konkreter Maßnahmen zur Begebung der Rentabilität der Landwirtschaft ist möglich und notwendig, um so mehr als die landwirtschaftliche Produktion sich immer mehr auf den inländischen Markt und die fest werdenenden Grenzen des Exports nach dem Auslande stützt. Man darf keineswegs auf die Erweiterung der Exportmöglichkeiten verzichten. Die agrarische Kommission hat festgestellt, daß unsere Handelspolitik es als eine ihrer obersten Aufgaben ansehen muß, die Ausfuhr der Landwirtschaft in gehörigem Ausmaße zu ermöglichen. Die Kommission hat es für angezeigt erachtet, die Aktion, sei es einzuleiten, sei es zu steigern, die den Zweck hätte, die Erweiterung sowie Nationalisierung des Pflanzenanbaus zu fördern, u. a. besonders des Anbaus von Flachs und Hanf, von Oläsen, sowie von Tabak. Es handelt sich dabei um die Bestimmung von Produktionsräumen, um Ausstattung der Wirtschaften mit Produktionsmitteln, um Erschließung von ständigen Anstrukturen, sowie um die Organisation und Finanzierung des Absatzes.

Die Kommission hat weiter festgestellt, daß eine erfolgreiche Aktion zur Entwicklung der ländlichen Produktion unter den jetzigen Bedingungen infolge des Bestehens bedeuternder Schwierigkeiten, welche den Austausch zwischen dem Dorfe und der Stadt beschränken, außerordentlich gehemmt wird. Eines der größten Hindernisse ist die bekannte Disproportion zwischen den Preisen von Waren und Leistungen auf dem Lande und denen in der Stadt. Solange diese Hindernis nicht beseitigt werden wird, wird eines der Mittel der Vergrößerung des Umsatzes auf dem Lande die Belebung des inneren Marktes auf dem Lande sein. Das Streben nach relativer Selbstgenügsamkeit des Dörthes ist eine natürliche Regung des Selbstbewußtseins gegen die Ausbeutung von außerhalb und der Ausdruck dieser Verteidigungslinie ist die teilweise Rückkehr der Dorfbewohner zu der Heimindustrie und zum dörflichen Handwerk.

Die Kommission hat außerdem ihre Aufmerksamkeit der tatsächlichen zugewendet, daß der jetzige Vermittlungssystem zwischen Stadt und Land nicht auf der Höhe der Aufgabe stehe, wovon die Spannweite der Preise zeuge. Dieser Apparat ist dem Landwirt fremd und ist mit zu vielen wirtschaftlich überflüssigen Elementen beladen, welche den Anteil der Landwirtschaft am sozialen Einkommen verringern.

Bei Betrachtung dieser Probleme gelangte die Kommission zum Schluß, daß die Bildung und die Entwicklung der Absatzgenossenschaften in der Landwirtschaft abhängig sind vom genügenden Anlagen- und Betriebskapital, vom Vorhandensein eines sachverständigen Personals, von der entsprechenden Konzentrierung der Produktion, sowie von der Einheitlichkeit der Waren auf dem Gebiete der Reichweite der betreffenden Absatzstelle.

Die Agrarkommission erörterte weiter eingehend das Problem der Standardisierung der landwirtschaftlichen Produkte. Die Standardisierung hat in erster Reihe die Exportzwecke, sowie diejenigen Zwecke zu umfassen, welche jetzt die Präferenz genießen. Der jetzige Moment eignet sich besonders zur Realisierung dieser Ziele im Hinblick auf die verhältnismäßig geringeren Umsätze und die verschärzte Konkurrenz auf dem internationalen Markt.

Abg. Lechnicki sah schließlich die Arbeitsergebnisse der Kommission in folgenden Feststellungen zusammen:

Im Bereich der agrar-finanziellen Aktion wird den breiten Maßen der Landwirte empfohlen, sich mit der Gesetzgebung, welche die Krediterleichterungen für die Landwirtschaft betrifft, bekanntzumachen, und von ihnen so rasch als möglich für ihre Arbeitsstätten Gebrauch zu machen; die Entschuldungsaktion muß aber die künftigen Regenerationsmöglichkeiten des Agrarkredits im Auge haben.

Was das Gebiet der Produktions- und Absatzprobleme betrifft – wurde die Agrarproduktion trotz der Krise aufrechterhalten. Sie ist weiter zu entwickeln in der Richtung, in der ein Absatzmarkt geschafft ist, oder in der Möglichkeit besteht, einen Absatzmarkt zu erlangen. Präferenzen für Rohstoffe inländischer Herkunft schaffen diese Möglichkeiten; man muß sie nur nutzen, um so mehr, als diese Produktion eine neue Nachfrage für den ländlichen Arbeitsmarkt schafft. Indessen kann ohne Errichtung eines eigenen Handelsapparats von einem gehörigen Anteil der Landwirte an der Verteilung des sozialen Einkommens keine Rede sein.

Auf landwirtschaftlichem Gebiete sollen übermäßig verschuldete Betriebe so rasch als möglich der Liquidation unterliegen, und an deren Stelle sollten Betriebe treten, die gegen die schweren Existenzbedingungen widerstandsfähig sind, somit sich auf den Kreis entweder gar nicht oder nur zu einem geringen Teil stützen. Der Laubanlauf ist unter den jetzigen Bedingungen wiederum zu einer vorteilhaften Kapitalanlage geworden.

Nach den Referaten des Abg. Dr. Zbigniew Madejski über die Ergebnisse der Beratungen der Arbeitskommission und des gew. Ministers Maurice Narutowiczy über die der Selbstverwaltungskommission folgte das Referat des Vizepräsidenten der Landeskreditanstalt, Stefan Starzyński.

(Fortsetzung folgt.)

## Die deutsche Rückversicherung in der polnischen Versicherungsbranche.

Die "Gazeta Handlowa" befaßte sich kürzlich mit der Frage der Beteiligung deutscher Rückversicherungsanstalten an polnischen Versicherungsunternehmungen. Das Blatt meint, daß mit Rücksicht auf die günstigeren Bedingungen, welche die deutschen Rückversicherungsgesellschaften gewähren, die polnischen Versicherungsgesellschaften ihre Rückversicherungsverträge lieber mit deutschen, als mit schweizerischen oder englischen Rückversicherungsgesellschaften tätigen.

Die Beziehungen zwischen deutschen und polnischen Versicherungsgesellschaften haben sich während der Besatzungszeit wesentlich verdichtet. In späterer Zeit und zwar während der Inflation der deutschen und der polnischen Mark sollen die deutschen Versicherungen in Polen erhebliche Verluste erlitten haben. Der Verlust, diesen Verlust wieder einzubringen, scheiterte vielfach daran, daß nur die wenigsten deutschen Versicherungsunternehmungen in Polen zugelassen sind. Diese verloren daher angeblich auf dem Wege über die Rückversicherung an den Einnahmen der in Polen arbeitenden Versicherungsunternehmungen zu partizipieren.

Das Blatt glaubt hiergegen Stellung nehmen zu müssen und fordert die Leiter des polnischen Versicherungswesens auf, dort, wo es notwendig und nötig sei (!), die betreffenden Rückversicherungsverträge einer entsprechenden Revision zu unterziehen. Von dem staatlichen Versicherungsaamt aber erwartet das Blatt, daß es die richtige Form finden werde, um die Rückversicherungspolitik der polnischen Versicherungsunternehmungen in die richtige Bahn zu lenken.

EWD.

## Börsenmarkt.

London, 22. Mai. Amtliche Notierungen am englischen Börsenmarkt in engl. Sh. für 1 Gwt.: Polnische Bacons Nr. 1 sehr magere 72, Nr. 2 magere 68, Nr. 3 65, schwere sehr magere 71, Nr. 2 magere 66, und Sechzehn 68. Polnische Bacons in Liverpool 72–77. Die Gesamtzufuhr betrug in London in der Vorwoche 60.041 Gwt., wovon auf Polen 11.133 Gwt. entfallen. Die Gesamtzahlung des englischen Marktes wies für einzelne Angebote eine abnehmende Tendenz auf. Die Nachfrage war trotzdem lebhaft. Lediglich gut behauptete konnten sich dänische Bacons.

## Die elektrotechnische Industrie Polens im Jahre 1932.

Dr. Gr. Die Krise mit ihren für die Gesamtwirtschaft im allgemeinen und für die elektrotechnische Industrie im besonderen schädlichen Begleiterscheinungen hat auch im abgelaufenen Jahr ihren Tiefpunkt noch nicht erreicht. In den der Öffentlichkeit über breiteten Zahlen tritt ihre Auswirkung besonders deutlich in Erscheinung. Im Jahre 1932 wurden insgesamt 247,3 Tonnen im Wert von 33,4 Millionen Zloty eingeführt gegenüber 580,1 Tonnen im Jahre 1931, deren Wert sich auf ca. 64,9 Millionen Zloty belief. Im Vergleich mit 1931 ergibt sich eine Minderung des Gewichts des Imports um 59 Prozent, und eine Senkung des Wertes der eingeführten Artikel um 48,5 Prozent. Der Wert pro Einheit (Tonnen) der eingeführten Erzeugnisse ist von 1931 zu 1932 von 11.200 Zloty auf 18.500 Zloty gestiegen.

Im einzelnen wurden nachstehende wichtigste elektrotechnische Erzeugnisse ein- bzw. ausgeführt:

|                                                          | Einfuhr       |        | Ausfuhr       |       |
|----------------------------------------------------------|---------------|--------|---------------|-------|
|                                                          | in 1000 Zloty |        | in 1000 Zloty |       |
|                                                          | 1931          | 1932   | 1931          | 1932  |
| Insgesamt                                                | 64.919        | 33.491 | 1.892,8       | 951,8 |
| Dynamomaschinen und Motoren bis zu 500 Kilogramm Gewicht | 4.084         | 1.688  | 87            | 68    |
| Dynamomaschinen und Motoren über 500 Kilogramm Gewicht   | 2.604         | 1.061  | 76            | 5     |
| andere elektrische Maschinen und Maschinenteile          | 7.248         | 2.128  | 225           | 200   |
| Transformatoren usw.                                     | 4.131         | 1.364  | 111           | 29    |
| Kondensatoren, Blitzableiter usw.                        | 2.881         | 769    | 25            | 7     |
| Elektromotoren                                           | 2.056         | 1.114  | 84            | 57    |
| elektrische Zahler                                       | 3.033         | 1.399  | 15            | 7     |
| elektrische Birnen                                       | 4.256         | 2.094  | 323           | 31    |
| Aut. Lampen                                              | 2.621         | 1.655  | 110           | 81    |
| Install.-Material                                        | 1.537         | 511    | 43            | 11    |
| Telephonapparate                                         | 10.663        | 7.446  | 61            | 23    |
| Radioapparate                                            | 6.196         | 1.691  | 307           | 109   |
| elektrische Vorrichtungen zum Kochen, Wärmen und Platten | 682           | 255    | 17            | 9     |
| andere Vorrichtungen                                     | 3.828         | 1.786  | 61            | 83    |

Prozentual waren die Importländer wie folgt beteiligt:

|                  | % des Gesamtwertes |      |  |
|------------------|--------------------|------|--|
|                  | 1931               | 1932 |  |
| England          | 8,9                | 8,5  |  |
| Deutschland      | 45,3               | 45,0 |  |
| Österreich       | 5,0                | 5,7  |  |
| Frankreich       | 5,7                | 3,3  |  |
| Tschechoslowakei | 3,2                | 2,4  |  |
| Schweiz          | 6,1                | 2,9  |  |
| Sweden           | 15,0               | 22,8 |  |
| Holland          | 6,0                | 6,8  |  |
| Andere           | 4,8                | 2,6  |  |

Der Rest von 2,6 Prozent entfällt im Jahre 1932 auf die Vereinigten Staaten, Belgien, Ungarn, Dänemark, Italien und Jugoslawien.

Im Vergleich zur Einfuhr blieb die Ausfuhr von elektrotechnischen Erzeugnissen ziemlich unbedeutend. Der Wert des Exports sank in der Zeitspanne von 1930 bis 1932 von 1,9 auf 0,9 Mill. Zloty, also um ca. 50 Prozent.

Wie aus der obigen Tabelle ersichtlich, ist Deutschland an dem Import von elektrotechnischen Erzeugnissen nach Polen hervorragend beteiligt. Indes läßt sich seit 1926/1927 eine gewisse Verschiebung zu Ungunsten Deutschlands feststellen. Während im Jahre 1926 Deutschland noch mit 60,7 Prozent an dem Gesamtimport beteiligt war, sank die Beteiligung im Jahre 1930 auf 55,5 Prozent. Im Jahre 1931 und 1932 war der Import stabil und erreichte die Höhe von 45 Prozent des Gesamtimports. Desgleichen sank die Einfuhr der Tschechoslowakei, Ungarns, Frankreichs und der Schweiz. Eine weitaus größere Erweiterung erfuhr dagegen der Import Schwedens und Österreichs. Was die einzelfeinen Artikel betrifft, so führt Deutschland fast alle Arten von elektrotechnischen Erzeugnissen ein, insbesondere aber Dynamomaschinen und Motoren unter 2000 Kilogramm Gewicht. Dieselben Artikel über 2000 Kilogramm Gewicht importiert Frankreich; Enthaubarungs- und Telephon-

apparate kommen hauptsächlich aus Schweden, nur 12 Prozent aus Deutschland. Aus Holland werden in erster Reihe elektrische Birnen nach Polen eingeführt.

Die angeführten Zahlen zeigen, daß Polen trotz der aufsteigenden Entwicklung seiner eigenen Industrie vorerst nicht nur überhaupt auf eine erhebliche Einfuhr angewiesen ist, sondern in diesem Punkte gerade auf eine solche aus Deutschland. Die Bevölkerungen, die deutsche Einfuhr durch die Steigerung der Einfuhr anderer Staaten zu erleben, erwiesen sich als unwirtschaftlich.

In der Presse wird die Frage aufgeworfen, ob die Einfuhr einer ganzen Reihe von elektrotechnischen Erzeugnissen, die in Polen selbst fertiggestellt werden können, entbehrlich ist. Die Höhe der Importe dürfte zum Teil in Dumpingverläufen des Auslandes die Erklärung finden. Daneben trägt nach Ansicht der Presse die Politik der Kartelle zur Steigerung der Importe bei, die anstatt den Wertbewerb des Auslandes auf den polnischen Binnenmärkten zu bekämpfen, in der Mehrzahl der Fälle vor allem darauf bedacht sind, die Preise der kartellierten Artikel ihrer Mitglieder möglich hoch zu halten. Man dringt daher schon im Interesse der Deutschenwirtschaft auf eine Änderung der Preispolitik der einheimischen Industrie für elektrotechnische Erzeugnisse.

Die Industrie selbst ist anderer Ansicht. In dieser Richtung sind die Ausführungen von Interesse, welche Otoniewski, der Präsident des Verbandes der Unternehmungen für elektrotechnische Erzeugnisse auf der Tagung vom 28.4. 1933 gemacht hat. Nach seiner Ansicht ist es gelungen, auf den beschrittenen Wegen zu einer gewissen Stabilisierung der Lage zu gelangen, da gegenüber 1931 die Auslandproduktion 1932 nur um 7½ Prozent gesunken ist, während sich der Import um 53,9 Prozent minderte. In absoluten Ziffern betrug der Wert der Erzeugnisse im Jahre 1932 35 Mill. Zloty, und der Wert des Imports 33 Mill. Zloty. Daß dies Verhältnis, vom polnischen Standpunkt aus gesehen, unbefriedigend ist, scheint auch Otoniewski nicht zu verkennen. Denn auf der Tagung unterstrich er die Notwendigkeit der Durchführung folgender, einer Erweiterung der Absatzmöglichkeiten dienenden Maßnahmen: Senkung der Rohstoffpreise um 40 Prozent; Novellisierung des Gesetzes über die Elektrizitätswirtschaft, insbesondere durch Änderung der Konzessionsbedingungen; Beschleunigung der Elektrifizierung des Landes; Unterstützung des Exports von elektrotechnischen Erzeugnissen durch den Staat.

## Stabilisierungsfonds für den österreichischen Schilling.

Um die Stabilität des Schillingkurses zu erreichen, wurde die Schaffung eines Währungsfonds vorgeschlagen, wie er in England bereits besteht. Dem englischen Währungsvolumen entsprechen, beträgt dort der Fonds 1 Milliarde österreichische Schilling. Für Österreich würde ein Bruchteil dieser Summe genügen, um die Kursschwankungen des Schillings auf den bereits sehr eingeführten Devisenmärkten zu verhindern. Der Währungsfonds, der entweder von der Nationalbank oder vom Giro- und Kassenverein zu gründen wäre, bestünde, einfache, ausführlich ausgedrückt, aus neu zu drückenden Schillingnoten, die jetzt im Sommer verwendet werden, um die Spartenangebote von Devisen oder Gold anzukaufen. Dadurch wäre es möglich, das Disagio des Schillings um 30 Prozent herum zu erhalten. Im Winter würde dieser Fonds seine Devisen wieder nach Bedarf verkaufen, und die einlaufenden Schillingnoten sofort aus dem Verkehr ziehen. Wenn mit der Schaffung dieses Fonds die bisher eingehaltene restriktive Kreditpolitik auch weiterhin strengstens durchgeführt wird, und wenn ferner als Punkt der faktischen Stabilisierung der tiefste Winterkurs des Schillings angenommen wird, so besteht jede Aussicht dafür, daß durch einen solchen Währungsfonds die Saison Schwankungen des Schillings, die der ganzen Wirtschaft zum Schaden gereichen, verhindert werden können. Selbstverständlich würde die Verwendung eines Teiles der Anteile den Fonds noch stärken, aber auch in einem solchen Falle ist das strengste Festhalten an der bisherigen Kreditpolitik wesentlich.